



FIGU-

ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 55, Oktober 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

.....

Der EU-Rahmenvertrag

EU-NO Newsletter vom 01.09.2016

Worum geht es?

Die von Differenzen zwischen Bundesräten belastete Diskussion um den sogenannten «Rahmenvertrag» zwischen der Schweiz und der EU spitzt sich seit einigen Wochen sichtlich zu.

Auf dass die teilweise verwirrenden Vorgänge zwischen Brüssel, Bundesrat, Parlament und Öffentlichkeit durchschaubar werden, seien die Tatsachen zu diesem zwischen Brüssel und Bern geplanten Rahmenvertrag kurz in Erinnerung gerufen.

Ausgangslage

Brüssel verlangt von Bern seit Ende 2012 die «institutionelle Einbindung» in die Strukturen der EU. Der Bundesrat zeigte sich willig, diese Forderung zu erfüllen. Die «institutionelle Einbindung» soll nach Meinung der Landesregierung mit einem **Rahmenvertrag** besiegelt werden mit Bestimmungen zum Verhältnis Schweiz-EU, die für alle bilateralen Verträge und Vereinbarungen übergeordnet verbindlich sein sollen. In Vorverhandlungen, die in ein von den Spitzendiplomaten beider Seiten unterzeichnetes sogenanntes «Non-Paper» mündeten, wurden am 13. Mai 2013 die Eckpfeiler des Rahmenvertrags festgeschrieben:

Erstens habe die Schweiz alle früheren und künftigen **Beschlüsse und Gesetze der EU** zu Sachbereichen, die in bilateralen Vereinbarungen geregelt werden, **automatisch zu übernehmen**. Weil derart vorgesehener Automatismus die Öffentlichkeit eher beunruhigt hat, spricht der Bundesrat heute nur noch von «dynamischer Anwendung» von EU-Recht – was in der Sache aber gleichbedeutend ist wie die automatische Übernahme.

Zweitens will der Bundesrat den **EU-Gerichtshof (EuGH)** als **höchste**, von der Schweiz nicht mehr anfechtbare **Inстанz** anerkennen, so dass dieser EuGH endgültig über Meinungsverschiedenheiten zur Auslegung bilateraler Vereinbarungen oder Verträge entscheiden kann.

Und drittens akzeptiert der Bundesrat ein allein der EU zustehendes Recht, gegen die Schweiz **Sanktionen** – heute verwendet Bundesbern dazu freilich lieber den beschönigenden Ausdruck «angemessene Ausgleichsmassnahmen» – zu ergreifen, wenn unser Land eine Entscheidung des EU-Gerichtshofs einmal – z.B. wegen eines anderslautenden Volksentscheids in der Schweiz – nicht übernehmen kann.

Verhandlungsmandate

Der Bundesrat hat diese drei Elemente des Non-Papers Ende 2013 zu seinem Verhandlungsmandat erhoben, also zu seiner **Richtschnur** in den geplanten formellen Verhandlungen mit Brüssel über den Rahmenvertrag. Die EU hat ihr Verhandlungsmandat ein halbes Jahr später bekanntgegeben. Es reichert die drei im Non-Paper aufgeführten Eckpfeiler um zwei weitere Forderungen an:



Brüssel verlangt zusätzlich die Umwandlung von bisher von Fall zu Fall von der Schweiz geleisteten Kohäsionszahlungen, welche anlässlich von EU-Osterweiterungen von Brüssel jeweils angebeht worden sind. Statt einzeln beschlossener Kohäsionsbeiträge soll die Schweiz künftig **Jahresbeiträge** an die EU leisten – gleich wie die EU-Mitglieder. Damit will die EU nicht zuletzt das für Einzelverträge mögliche Staatsvertragsreferendum ausschalten. Ausserdem verlangt die EU die Errichtung eines **Überwachungsorgans**, das – personell zusammengesetzt durch Brüssel – darüber zu wachen habe, ob die Schweiz alle von ihr gegenüber Brüssel eingegangenen Verpflichtungen auch buchstabengetreu erfülle.

Unterwerfungsvertrag

Brüssel will die Schweiz auf diese Weise zu einem **tributpflichtigen und bevogteten Untertanengebiet** erklären. Der Rahmenvertrag erhält damit den Charakter eines **Unterwerfungsvertrags**.

Wie die Vorlage, mit der der Bundesrat dem Parlament sowie Volk und Ständen den Rahmenvertrag einmal zur Abstimmung präsentieren will, schlussendlich **betitelt** sein wird, ist noch nicht bekannt. Zu erwarten ist eine Vorlage, die von **Erneuerung**, von **Renaissance** oder von **Bestärkung** des **bilateralen Weges** sprechen wird. Tatsache ist immerhin, dass der Bundesrat den Schweizer Standpunkt – etwa in der Einwanderungsfrage – in Brüssel bestenfalls **halbherzig** vertritt. Nicht selten hat man den Eindruck, der Bundesrat schäme sich seines Souveräns: Keine Spur von selbstbewusster Vertretung schweizerischer, in Volksabstimmungen erhärteter Standpunkte.

Derweil mehren sich in der EU **Zerfallserscheinungen**: Überschuldungskrise und Euro-Krise bleiben ungelöst. Die Gegensätze in der **Einwanderungspolitik** rissen tiefe Gräben auf zwischen verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Schengen/Dublin ist zusammengebrochen. Mit Ausnahme von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga unterstützt niemand mehr in Europa die **Willkommenskultur** der deutschen Bundeskanzlerin. Und in England wurde der **«Brexite»** Tatsache.

Trotz dieser offenkundigen, Europa insgesamt massiv gefährdenden Schwächen der EU kann sich der Bundesrat nicht zu kraftvoller Vertretung schweizerischer Interessen durchringen.

02.09.2016, 15:46 von admin

Quelle: http://www.eu-no.ch/news/der-eu-rahmenvertrag_131?SID=c3f6379c8309f2d14a762e2e026f8c4bbc349889

Frontalangriff auf die Direkte Demokratie Aus Angst vor der EU

Der Freitags-Kommentar vom 23. September 2016, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Die Classe politique hat ihren Traum, die Schweiz doch noch irgendwie der EU angliedern zu können, nie aufgegeben – mag der Widerstand in der Bevölkerung gegen den EU-Beitritt noch so gross sein. Der Bundesrat will die Schweiz mittels eines Rahmenvertrags an den EU-Bürokratieapparat **«institutionell anbinden»**.

Bundesrätliche Zugeständnisse

Das will er herbeiführen, indem die Schweiz sämtliche EU-Beschlüsse, die irgendwie mit bilateral zwischen Bern und Brüssel getroffenen Vereinbarungen in Zusammenhang stehen, automatisch (der Bundesrat wählt dafür allerdings den tarnenden Ausdruck **«dynamisch»**) zu übernehmen habe. Die Landesregierung ist zusätzlich bereit, den EU-Gerichtshof dann, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen Bern und Brüssel entstehen, als oberste, nicht anfechtbare Instanz der Rechtsprechung anzuerkennen. Der Bundesrat räumt der EU gar das Recht ein, gegen unser Land – gegen das Land, dessen Interessen er als Regierung eigentlich zu wahren hätte – Sanktionen, also Strafmassnahmen ergreifen zu können, wenn die Schweiz einen EU-Beschluss einmal nicht im Sinne Brüssels übernehmen würde.

Ausserdem will Bundesbern der EU die Einsetzung eines EU-Überwachungsorgans zugestehen, das im Dienste Brüssels die Vertragstreue Berns beaufsichtigen soll. Und auch Jahresbeiträge will der Bundesrat fortan nach Brüssel entrichten. So als wäre die Schweiz eine bevogtete, tributpflichtige Untertanin Brüssels.

Würde man Brüssel – so lautet die angsterfüllte Begründung dieses Souveränitätsverzichts – all dies nicht zugestehen, wäre die EU in der Lage, wichtige bilaterale Verträge mit der Schweiz kurzerhand zu annullieren.

Parlament und Bundesgericht ziehen nach

Der Nationalrat hat soeben beschlossen, die von Volk und Ständen in einer Volksabstimmung gutgeheissenen Massnahmen gegen die Masseneinwanderung nicht umzusetzen. In Sachen Einwanderung würde nur noch

angeordnet, was Brüssel zuvor ausdrücklich genehmigt hätte. Nicht mehr der Schweizer Souverän, sondern Brüssel hat für die Grosse Kammer fortan das Sagen.

Und das Bundesgericht hat letzten Herbst festgehalten, es werde sich in Sachen Personenfreizügigkeit konsequent nur noch am EU-Recht orientieren. Was auch immer der Schweizer Souverän in Sachen Einwanderung beschliesse, sei für unser höchstes Gericht nicht verbindlich, sofern der Schweizer Entscheid von Brüssel nicht ausdrücklich gutgeheissen worden sei.

Nicht mehr der Schweizer Souverän, vielmehr Brüssel – bzw. Luxemburg, wo der EU-Gerichtshof tagt – schafft fortan das Recht, an welches sich unser höchstes Gericht gebunden fühlt.

Die Bundesverwaltung dirigiert

Hinter diesen Entwicklungen steht die übermächtige Bundesverwaltung, deren Exponenten seit Jahren von glänzenden, grosszügig salarieren Karrieren in der EU-Bürokratie träumen. Seit Dezennien schon sorgen sie – vorbei an allen legislativen Instanzen der Schweiz – dafür, dass Schweizer Recht bis in alle Einzelheiten konsequent den Vorgaben aus Brüssel unterworfen wird.

Es existiert zu Bundesbern keine Mehrheit mehr, welche für die Eigenständigkeit der Schweiz einzutreten bereit ist – mag sich der Souverän, mögen sich Volk und Stände noch so deutlich zu einer eigenständigen, souveränen, freien und neutralen Schweiz bekennen.

Genau nach Geheimgutachten Thürer

Das alles läuft ab nach einer Handlungsanleitung, wie sie im Jahre 2010 in einem Gutachten des Zürcher Staatsrechtlers Daniel Thürer formuliert worden ist. Thürer verfasste dieses Gutachten im Auftrag des Bundesrats. Als er es der Landesregierung vorlegte, erklärte es der Bundesrat umgehend zum Geheimgutachten. Womit er zu verstehen gab, dass er im Papier Thürer mehr als nur ein Gutachten unter vielen andern sah – nämlich eine konkrete Handlungsanweisung.

Anderthalb Jahre lang war dieses Papier geheim gehaltene Handlungsanleitung für unsere Landesregierung, bis seine Existenz entdeckt und der Öffentlichkeit schliesslich zugänglich gemacht wurde.

Der Ratschlag in Thürers Gutachten lautet wie folgt: Der Bundesrat müsse fortan alles, was zu Brüssel bzw. Luxemburg als EU-Recht geschaffen werde, konsequent als allen europäischen Ländern übergeordnetes Völkerrecht bewerten. Denn dem Völkerrecht könne sich niemand entziehen. Wer dies wollte, würde das eigene Land geradezu der verfeimten Minderheit der Schurkenstaaten zuordnen, die dem Völkerrecht demonstrativ die kalte Schulter zu zeigen versuche.

Der Völkerrechts-Trick

Damit würde eine Volksabstimmungs-Frage theoretisch wie folgt lauten: «Wollt Ihr Euch der übergeordneten europäischen Rechtsordnung anschliessen – oder wollt Ihr die Schweiz den Schurkenstaaten zuteilen?» Eine solche, alles abendländische Recht verratende Frage zu stellen, verbiete sich allerdings einem Staat, der Rechtsstaat sein und bleiben wolle. Und damit – so der Gedankengang Thürers – sei der Weg geebnet für einen Anschluss der Schweiz an die EU sogar ohne Volksabstimmung.

Dieses Rezept Thürers scheint Bundesbern immer offenkundiger als Handlungsanweisung nutzen zu wollen. Man weiss in den erwähnten Gremien natürlich, dass die Schweiz in freier Abstimmung nie und nimmer den Beitritt zur EU beschliessen würde. Nur mittels Ausschaltung, ja Zerstörung der Direkten Demokratie kann die Classe politique ihr grosses Ziel, den EU-Beitritt, erreichen – sozusagen via Hintertüre.

Eine ernüchterte Öffentlichkeit muss heute wahrnehmen: Die Unterminierung der Direkten Demokratie ist bereits weit fortgeschritten. Die derzeitige Session der Eidgenössischen Räte liefert dazu den Anschauungsunterricht.

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/frontalangriff_auf_die_direkte_demokratie-2827

Russland nennt es beim Namen: USA betreiben «Droh- und Erpressungspolitik»

RT Deutsch; Do, 29 Sep 2016 14:52 UTC

Das russische Aussenministerium hat Erklärungen Washingtons über ein mögliches Ende der Zusammenarbeit in der Syrien-Krise als «Droh- und Erpressungspolitik» bezeichnet. Scharfe Kritik gab es auch an Äusserungen des US-Aussenamtssprechers John Kirby.

Die Warnung der Vereinigten Staaten, diese könnten die Kooperation mit Russland in Syrien einstellen, sei nichts anderes als eine Droh- und Erpressungspolitik, mit der Washington anderen Ländern die für die USA günstigen Entscheidungen aufzwingen wolle, kommentierte der stellvertretende Außenminister Russlands, Sergej Rjabkow, die jüngsten Statements von US-Spitzendiplomaten.

«Auf dieser Grundlage kann man keine Friedensregelung und keine Stabilisierung erzielen. Liebe lässt sich nicht erzwingen. Deswegen haben wir unsere eigenen Herangehensweisen und Prinzipien», unterstrich der russische Diplomat. «Wir wiederholen tagtäglich, dass wir nur eine diplomatische und keine andere Lösung sehen.»

Sergej Rjabkow zufolge gingen die derzeitigen Ereignisse in Syrien auf das Konto der Entscheidungsträger in Washington, die ausserstande seien, ihre Verpflichtungen und Versprechen im Rahmen des erzielten Abkommens zu erfüllen. Nachdem die Amerikaner mehrfach ihre eigenen Verpflichtungen nicht eingehalten hätten, versuchten sie nun ihre Misserfolge auf Moskau und Damaskus abzuwälzen und die Sache so darzustellen, als sei die Kooperation durch Russlands und Syriens Handlungen bedroht.

Dabei betonte der Diplomat, dass Russland zudem über den Tenor der von den USA ausgehenden Signale empört sei. Washington unterstütze mit seinen Warnungen de facto die Terroristen in Syrien.

«Es kommt zu unverblühten, zynischen Drohungen an unsere Adresse und an die Adresse derjenigen, die tagtäglich vor Ort gegen den Terrorismus in Syrien kämpfen. Wir können das nicht anders als eine De-facto-Unterstützung der Terroristen von Seiten der USA charakterisieren», sagte Sergej Rjabkow.

Mit Statements wie jenen über mögliche Anschläge in Russland hülfe die USA de facto den Terroristen. Solche Prophezeiungen seien gemein und niveaulos, erklärte der russische Diplomat.

Zuvor hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, die Worte ihres US-Amtskollegen, John Kirby, auf Facebook kommentiert.

Medien: «Der US-Außenamtssprecher John Kirby hat erklärt: «Der Bürgerkrieg in Syrien dauert an. Die Extremisten und die extremistischen Gruppierungen nutzen das in Syrien existierende Machtvakuum weiterhin aus, um ihre Operationen, die zweifellos auch Anschläge auf russische Interessen und womöglich auch russische Städte umfassen werden, auszuweiten. Russland wird weiterhin seine Militärs in Leichensäcken nach Hause schicken. Die Russen werden weiterhin Ressourcen und womöglich erneut Flugzeuge verlieren.»»

Hiermit möchte ich den US-Kollegen ein paar präzisierende Fragen stellen, bevor die offizielle Reaktion des Außenministeriums erfolgen wird:

1. Werden sich damit (mit den Terroranschlägen, mit dem Extremismus) die «Moderaten» beschäftigen? Also diejenigen, die Washington schon seit einem halben Jahr von der Al-Nusra-Front nicht abzusondern weiss?
2. Gehören die Terroranschläge in Frankreich, in den USA und anderen Ländern und das Köpfen von Menschen aller Nationalitäten durch IS-Kämpfer zu einem anderen Paradigma? Vielleicht handelt es sich dabei um eine weitere «parallele» Realität?
3. Findet ihr nicht, dass solches Bauchreden über «Leichen in Säcken», «Terroranschläge in russischen Städten» und «Verluste von Flugzeugen» eher einem Pack-an-Befehl als dem Kommentar eines Diplomaten ähnelt?, schrieb Maria Sacharowa auf Facebook

Am 9. September hatten die Außenminister Russlands und der USA, Sergej Lawrow und John Kerry, nach einem gut 15-stündigen Gespräch in Genf ein Abkommen über einen Waffenstillstand in Syrien abgeschlossen. Knapp zehn Tage später hatte die US-Luftwaffe Stellungen der syrischen Armee bei Deir ez-Zor zerbombt und dabei mehrere Dutzend Militärs getötet.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26327-Russland-nennt-es-beim-Namen-USA-betreiben-Droh-und-Erpressungspolitik>

USA wännen sich als endgültige Sieger



Politik15:37 27.09.2016(aktualisiert 15:45 27.09.2016)

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wählten sich die USA als endgültiger Sieger – umso peinlicher ist nun die Einsicht, dass eine globale Dominanz verfehlt wurde. Das sagt der russische Auslandsexperte Sergej Karaganow in einem Interview mit der Wochenzeitung *«WPK»*. «Es läuft ein intensiver Vorgang der wirtschaftlichen De-Globalisierung. Das vom Westen nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Wirtschaftssystem bröckelt», so Karaganow.

© REUTERS/ Stephen Lam

Weltweite US-Dominanz: Das Ende naht. «Die Amerikaner versuchen, ihre Führungspositionen zu behalten – wenn nicht in der ganzen Welt, dann zumindest in einem wesentlichen Teil. Daraus resultieren Pläne für eine Wirtschaftskooperation der USA mit Pazifikstaaten und Europa. Es klappt aber nicht besonders», erläutert Karaganow. «Das US-amerikanische und das chinesische Projekt befinden sich vorerst auf dem Kollisionskurs. Dabei braucht China keine solchen Kollisionen. Stattdessen will es seine Positionen festigen und den Status einer Supermacht erlangen – zumindest in Asien. Die Amerikaner hindern China daran auf jede Weise und betreiben eine aus meiner Sicht absolut unvernünftige Politik, indem sie ihre Beziehungen mit China im Rahmen einer Eindämmung oder gar Konfrontation gestalten», kritisierte der Experte. Mehr zum Thema: Darum scheitert die liberale Globalisierung. © Flickr/ Snake3yes

Die USA als einzige Supermacht: *«Rächendes Schwert der Globalisierung»*. Mit seinem Einstieg in mehrere Militärkonflikte habe Amerika versucht, Stärke zu demonstrieren, dabei aber versagt. Dazu noch habe die Wirtschaftskrise die Attraktivität des US-Wirtschaftsmodells untergraben: «Die USA haben das Gefühl ihrer moralischen Überlegenheit verloren. Obwohl sie nach wie vor ein in jeder Hinsicht starkes Land sind, sind sie jetzt in eine sehr gefährliche Phase eingetreten. Die USA müssen sich nun bewusst werden, dass sie zwar ein mächtiger Staat sind, aber keine dominierende Weltmacht.» US-Kampf gegen Russland: «Verantwortlich für Zerstörung der europäischen Wirtschaft.» Dies werde eine schwierige Aufgabe sein: «Das Gefühl des eigenen Auserwähltheits und des Dominanz-Rechtes steckt in den Genen des amerikanischen Volkes. In den 1990er Jahren wurde dieses Gefühl kräftig geschürt – die USA schienen überall und in allem gesiegt zu haben. Nun werden sie sich lange daran gewöhnen müssen, dass jener Sieg nicht für immer war und die Situation sich geändert hat.» © REUTERS/Mark Kauzlarich

Krise der Aussenpolitik: *«Die Welt wird immer unfreundlicher zu den USA»*. Als Washington begriffen habe, dass ein endgültiger Sieg ausbleibe, habe es damit begonnen, die Spielregeln zu ändern. «Die USA sind nun die wichtigste Herausforderung für die internationale Stabilität. Dies wird durch die Spaltung der regierenden Eliten erschwert», sagte Karaganow im Hinblick auf die aktuelle Rivalität von Hillary Clinton und Donald Trump. Seine politischen Niederlagen des vergangenen Jahrzehnts habe Amerika selbst vorbereitet. Vor diesem Hintergrund habe der Aufstieg anderer Länder begonnen, die dabei seien, sich gegen die bisherige Konstellation einzusetzen: «Das ist vor allem Russland, dem die ihm aufgezwungene Ordnung nicht gefällt. China tut derzeit dasselbe – wenn auch nicht so frech (aus Sicht der USA) wie wir. Der Widerspruch besteht also darin, dass wir mit der alten Ordnung nicht zufrieden sind, während eine neue vorerst ausbleibt. Die USA wollen dagegen die alte Ordnung zurück, was unmöglich ist», so der Experte.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20160927/312722965/verfehlt-welt-dominanz-usa.html>

Die Ausbeutung Afrikas geht weiter: Landgrabbing in Tansania durch Spekulanten und Grosskonzerne – Kleinbauern sind die Verlierer

Doro Schreier; Netzfrauen; Di, 14 Jul 2015 00:00 UTC

Der Ankauf oder die Pacht grosser Landflächen durch Konzerne wird in Afrika immer öfter zum Problem, so auch in Tansania. Tansania – einem der ärmsten Länder Afrikas, das zugleich mit äusserst fruchtbaren Böden gesegnet ist. Eine Kombination, die offenbar immer mehr Spekulanten und Grosskonzerne anzieht.

Statt Grundnahrungsmittel anzubauen und so den Grundbedürfnissen der Menschen nachzukommen, setzen die Investoren auf den Export von Kaffee, Jatropha oder wie in unserem aktuellem Beispiel auf Palmöl für die Bioenergie und versuchen gleichzeitig, Tansania als Markt für die eigenen Produkte wie Saatgut, Pestizide, Herbizide und chemische Düngemittel zu erschliessen.

Millionen Dollar fliessen in die Palmöl-Entwicklung Tansanias und bereits auf dem G7-Gipfel 2012 sass der Präsident Kikwete mit Obama und Merkel mit Monsanto an einem Tisch. Verlierer sind die Kleinbauern, ihnen wird die Existenz genommen.

Afrikanische Kleinbauern sind die Verlierer

Auf dem G7-Gipfel 2012 im Weissen Haus war auch Präsident Kikwete aus Tansania. Auf diesem Gipfel stand das südliche Land Growth Corridor of Tanzania (SAGCOT) im Mittelpunkt, die neue Partnerschaft, die im Jahr 2010 entstand. Diese Partnerschaft soll das landwirtschaftliche Wachstum in dieser Region ermöglichen. **Monsanto ist seit Beginn Partner der SAGCOT.** Und wer hätte es geahnt, Monsanto kündigte die Unterstützung der lokalen Partner in Tansania an, um sie bei der Entwicklung von Systemen zu unterstützen, die die Produktivität und die Stärkung der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette für Mais und Gemüse erhöht. Alle Informationen dazu aus dem Weissen Haus über dieses Treffen: G-8-Aktion über Lebensmittelsicherheit und Ernährung – Das Weisse Haus!

Die «Neue Allianz für Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung» ist ein gemeinsames Engagement, um nachhaltiges und integratives Wachstum in der Landwirtschaft zu erreichen. 50 Millionen Menschen sollen so von der Armut in den nächsten 10 Jahren befreit werden. Zudem soll erreicht werden, dass die afrikanische Politik wirksame Agrarpläne und Strategien für die Ernährungssicherheit entwickelt. Der Prozess soll durch private Investoren und die G-8 unterstützt werden, um rasches und nachhaltiges Wachstum der Landwirtschaft zu erreichen. Unterstützt wird diese Aktion durch die Weltbank und die Afrikanische Entwicklungsbank und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen, den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungsorganisation für die Neue Allianz. Das klingt alles super, ja, wenn nicht die privaten Investoren wie z.B. Monsanto mit am Tisch gesessen hätten, denn wenn wir weiter recherchieren, stellen wir fest, dass Monsanto auch zu der PARTNERSCHAFT FÜR DIE AFRIKANISCHE LANDWIRTSCHAFT gehört.

Grossflächige Landkäufe als Ursache für den globalen Druck auf Land

Vor dem Hintergrund des Rechts auf Nahrung untersucht auch eine neue Studie, wie sich grossflächige Investitionen auf Kleinbäuerinnen und -bauern im südlichen Hochland Tansanias auswirken. Vor allem seit der Nahrungs- und Finanzkrise der letzten Jahre zeigt eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren weltweit ein gesteigertes Interesse an Agrarinvestitionen. Meist haben solche Investitionen den Anspruch, die Ernährungssicherheit zu verbessern und Armut zu bekämpfen. Dennoch gelten sie zunehmend als Mitursache für den globalen Druck auf Land, welcher de facto die Ernährungsunsicherheit und Armut der kleinbäuerlichen Bevölkerung verschärft.

Im Rahmen der Studie wird anhand der beispielhaften Betrachtung von vier Dörfern aufgezeigt, wie der Mangel an Kontrolle über die Erzeugung und den Verkauf sowie den Zugang zu Nahrungsmitteln die Verletzung des Rechts auf Nahrung möglich macht. So bedingen die Landkäufe nicht nur den Verlust von Ackerland und Weideflächen, sie erschweren auch den Zugang zu Wasserquellen oder Waldzonen für das Sammeln von Nahrung und Naturheilmitteln. Zudem führen sie zur Abdrängung der kleinbäuerlichen Bevölkerung in die Lohnarbeit. Hierbei sind vor allem geringe Löhne, fehlende Arbeitsverträge und die Bedingungen für die Arbeiter auf den Plantagen problematisch. Indem die Menschen somit von beiden Versorgungswegen für die Sicherung ihrer Nahrungsgrundlage abgeschnitten werden, geraten sie in eine prekäre Versorgungslage, weil ihre Möglichkeiten, sich durch eigenen Anbau oder Zukauf mit Lebensmitteln zu versorgen, stark beschnitten werden.

Die Studie «A Right to Food Perspective» wurde im Rahmen des Kooperationsprojektes «Teaching EcoFair» zwischen der Heinrich Böll Stiftung (Deutschland), Caritas Tschechien und verschiedenen Universitäten in Europa durchgeführt. Mit «Teaching EcoFair» soll erreicht werden, dass das Thema Recht auf Nahrung stärker in Forschung und Lehre an Europäischen Universitäten verankert wird. Lesen Sie dazu «Afrikanische Kleinbauern sind die Verlierer».

Dazu auch ein Bericht, den wir für Sie übersetzt haben:

Millionen Dollar fließen in die Palmöl-Entwicklung Tansanias

John C. Cannon 09.07.2015

Eine Gemeinschaft ausländischer Investoren zielt auf die Ausweitung der Palmölproduktion des ostafrikanischen Landes, jedoch bleiben alle Details über Umsetzung und mögliche Folgen Mangelware.

Die «East African Business Times» berichtet über Pläne für ein 10 000 Hektar grosses Palmöl-Projekt in Tansania, gestützt durch eine \$ 111 Millionen Investition einer lokalen Industrialisierungsorganisation und einer ausländischen Investmentgesellschaft.

Die National Development Corporation NDC (Nationale Entwicklungskörperschaft) ist die Speerspitze des, wie sie es nennen, ganzheitlichen Palmöl-Projekts im Becken des Ruvu-Flusses nahe der wirtschaftlichen Hauptstadt Tansanias, Dar es Salaam. Das ist der nächste Schritt in einem 2013 geschlossenen Abkommen mit Naja

Bharat, einer Risikokapital-Gesellschaft mit Sitz in Singapur. Bislang hat sich das Vorhaben schon 6000 Hektar der projektierten Fläche gesichert.

In den 60ern beschloss das Parlament, NDC zu gründen, um unter dem Motto «Macht mit bei der Industrialisierung Tansanias das «ökonomische Wachstum» zu beschleunigen.» Die Organisation zielt auf lukrative Export-Märkte in Europa und Asien, die nach Palmöl gieren.

Wie die NDC Website berichtet, ist Palmöl gewählt worden, da es ideal für den kommerziellen Anbau ist und somit die «Kilimo Kwanza Aktivitäten» unterstützt.

Kilimo Kwanza – Suaheli für «transformierte Landwirtschaft» oder «Landwirtschaft zuerst» (NDC Website. «Kilimo Kwanza», Swahili for «transforming agriculture») ist Tansanias Kampagne, um die Agrarindustrie des Landes, die über ein Viertel der nationalen Wirtschaft stellt, voran zu bringen.

In den vergangenen 10 Jahren zeigte die tansanische Regierung gesteigertes Interesse an Biokraftstoff im allgemeinen und an Palmöl im besonderen. Sie machen Anstrengungen, ihre Wirtschaft gegen die Effekte der steigenden Kraftstoffpreise zu stärken und Schritte in Richtung wirtschaftliche Unabhängigkeit voranzutreiben. Die Regierung hat 2006 eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Umbau Tansanias in eine Biokraftstoff- und Palmöl produzierende Nation zu fördern.

NDC Experten erwarten jährlich 7250 Liter, oder zwischen 7.7–7.9 metrische Tonnen Palmöl/Ertrag/Hektar Farmland. Das ist etwas mehr als die Erträge von 5.1 metrische Tonne/Hektar, die die Mitglieder des Roundtable on Sustainable Palm Oil (Runder Tisch zu nachhaltigem Palmöl) erwirtschafteten, basierend auf dem WWF Report über die Nachhaltigkeit und Profitabilität von Palmöl aus 2012. Wie NDC und Naja Bharat diese Rendite sicherstellen wollen, ist unbekannt, da keine Organisation auf die Nachfragen von mongabay.com geantwortet hat.

Auch ist nicht klar, was diese Entwicklung für die Flora und Fauna bedeutet. Wie aus dem Datenmaterial der Global Forest Watch (Globale Waldwacht) ersichtlich ist, weist die Region entscheidende Wildtierhabitate auf, und viele seiner Küstengebiete wurden als «Hotspots» der Biodiversität qualifiziert.

Viele Gebiete im Ruvu River Becken sind als Biodiversitäts-Hotspots gekennzeichnet, in denen bedrohte Tier- und Pflanzenarten leben, deren Habitate mehr und mehr von Zerstörung bedroht sind.

Grosse Bereiche sind als Vogelschutzgebiet endemischer Arten (Birdlife Endemic Area) dort besonders abgegrenzt, wo sich die Lebensräume von mindesten 2 oder mehr endemischen Spezies überlappen. Zudem befindet sich in der Gegend das einzig bekannte Habitat der Loveridge's Sonnenvögel (*Nectarinia loveridgei*), die auf der Liste des IUCN als in erster Linie «gefährdet durch den Verlust des Lebensraumes» angeführt sind. Deswegen ist dieser Bereich – rund um den Oberlauf des Ruvuflusses – von der Alliance for Zero Extinction als entscheidende Schutzzone bewertet worden.

Auf der NDC Website ist ausserdem zu lesen, dass die Biomasse-Abfälle, so hoffen sie, 10 Megawatt Strom erzeugen können, um den Energiebedarf des Projektes zu decken und zudem die Überproduktion in das Stromnetz des Landes einzuspeisen.

Die «East African Business News» berichtet von den Absichten, sich der «out growers» zu bedienen, unter Vertrag genommene Farmer aus den Gemeinden Kimala Misale im Bezirk Kisarawe und Dutumi im Bezirk Kibaha, ca. 40 km von der Hauptstadt Dar es Salaam entfernt. Ein Standort für die Palmölproduktion in Kisarawe ist ebenfalls vorgesehen.

Seit 2006 haben einige Organisationen Besorgnis darüber geäussert, dass beträchtliche Flächen wertvollen urbaren Landes, immerhin etwa 17% von Tansanias Gesamtfläche, nun für den Anbau von Biokraftstoff anstelle von Lebensmitteln genutzt wird.

«Da Tansania regelmässig wegen Dürreperioden in wachsendem Masse auf Lebensmittelhilfe von aussen angewiesen ist, wird die Politik, Treibstoff anstelle von Nahrung zu produzieren, die Armut und Ernährungsunsicherheit Tansanias in den kommenden Jahren ansteigen lassen,» schrieb Abdallah Meinte von der NGO Envirocare 2007 in einer Fallstudie.

Mkindees Besorgnis betrifft auch die Kleinbauern, die in solche Projekte eingeschlossen sind. «Jeder Bauer, der sich überlegt, solch einen Vertrag über das Pflanzen und Pflegen der Palmen zu unterschreiben, könnte gezwungen werden, sein Land für viele Jahrzehnte zur Nutzung zu überschreiben,» schrieb er, und fügte hinzu, dass sich das Interesse der Regierung auf Tansanias fruchtbarsten Boden konzentriert.

«Diese Bereiche sind die mit dem besten Zugang zu Wasser, und deshalb üblicherweise die Flächen, auf denen die Bauern normalerweise schon Lebensmittel anbauen,» fügt er an.

Die Recherche beleuchtet ein anderes grosses Problem im Land – das Wasser. «Da Ölpalmen um die 150 mm Wasser im Monat benötigen, werden sie bewässert werden müssen und das ist in Hinblick auf die Produktivität und den Profit sehr, sehr teuer,» sagte Carter Coleman, CEO und Gründer von Agrica. «Das ist die grösste Herausforderung.»

Agrica ist ein Unternehmen, das sich die Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft in Ostafrika zum Ziel gesetzt hat. Coleman meinte, sie hätten ursprünglich vorgehabt, die Palmpflanzungen nachhaltig aufzubauen. «2005 sah Biokraftstoff sehr interessant aus,» schrieb er in einer E-Mail an mongabay.com. «Verglich man die Erträge, sah Palmöl am besten aus.»

Aber dann, sagte er, wurde es klar, dass die Ölpalmen unerschwinglich teuer würden und Agrica sich seitdem Reis und anderer Stapelware zugewandt habe.

Verbunden mit dem Thema Wasser ist das globale Wettergeschehen, das im Zusammenspiel mit vielen anderen Faktoren, wie z.B. den Preisen für fossile Brennstoffe, das weltweit meistproduzierte Pflanzenöl anfällig für Preisschwankungen macht. Im letzten Jahrzehnt hat sich lt. den Angaben der Weltbank der Preis für die metrische Tonne Palmöl von \$ 360 in 2005 mehr als verdreifacht, seinen Höchststand erreichte er 2011 mit fast \$ 1250/mT. Diese Volatilität kann Palmöl zu einer gewagten Investition machen.

Vor Ort in Tansania kann der Wasserbedarf der 10 000 Hektar grossen Pflanzung zu einer Herausforderung werden, da es einfach nicht genug Wasser im Ruvufluss geben könnte.

Ein in 2010 von der International Union for the Conservation of Nature (IUCN) finanziertes Gutachten weist auf die wachsende Belastung für einen der wichtigsten Wasserwege Tansanias hin:

«Der Ruvu-Fluss versorgt etwa 3 Millionen Anwohner mit Oberflächenwasser für den privaten und industriellen Gebrauch», die vorwiegend in Dar es Salaam leben, schrieben die Autoren.

Da Anfang der nächsten Dekade die Bevölkerung in Tansanias grösster Stadt die 6-Millionen-Grenze überschreiten soll, gab das IUCN eine ernsthafte Warnung heraus, dass die Nutzung dieser endlichen Wassermenge das Potenzial der Palmölgewinnung beschränken könnte: «Die anwachsende Bevölkerung gemeinsam mit der wachsenden Nachfrage nach Wasser für die industrielle Produktion, den häuslichen Gebrauch und die Bewässerung werden zu ernstem Wassermangel führen.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/18708-Die-Ausbeutung-Afrikas-geht-weiter-Landgrabbing-in-Tansania-durch-Spekulanten-und-Grokonzerne-Kleinbauern-sind-die-Verlierer>

China verstärkt seinen aggressiven Griff nach afrikanischen Rohstoffen

Von BRIAN SMITH und ANN THALBOT, 18. November

Das interministerielle Forum für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit traf sich vergangene Woche im ägyptischen Scharm El Scheich. Anwesend waren auch der chinesische Premierminister Wen Jiabao und Vertreter von über 300 chinesischen Firmen. Wen nutzte die Gelegenheit, das hohe US-Haushaltsdefizit zu tadeln.

Er machte klar, dass China sein Investitionsprogramm in Afrika trotz amerikanischer Einwände vorantreiben werde. Er sagte afrikanischen Ländern günstige Kredite in Höhe von zehn Mrd. Dollar in den nächsten drei Jahren zu. Sein Angebot war den afrikanischen Ministern höchst willkommen.

Schon wenige Tage nach der Konferenz kam die Reaktion der USA. Der Internationale Währungsfond (IWF) drohte der Demokratischen Republik Kongo, die Kreditlinien zu kürzen, wenn sie nicht die Investitionspläne Chinas beschneide. Der von den USA dominierte IWF demonstrierte, dass er ohne weiteres bereit ist, dieses vom Krieg verwüstete und verarmte afrikanische Land finanziell zu isolieren. Das gleiche Schicksal hat schon Simbabwe getroffen, mit schlimmen Folgen für die Bevölkerung.

Der Konflikt über chinesische Investitionen im Kongo könnte sich nur als Vorgeschmack auf weitere Entwicklungen erweisen. Stephen Roach, verantwortlicher Direktor von Morgan Stanley für Asien, warnte mit deutlichen Worten vor dem «grossen Risiko» eines amerikanisch-chinesischen Handelskriegs. Er sagte der DNA Money in Hongkong: «Ich mache mir Sorgen um Handelskonflikte zwischen den USA und China im nächsten Jahr. Das ist eines der grössten Risiken für das globale Wirtschaftsklima.»

Chinas Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika haben sich in den letzten zehn Jahren kontinuierlich verstärkt. Sein Handelsvolumen mit Afrika ist von 2003 bis 2008 von 18,5 Mrd. Dollar auf 107 Mrd. angewachsen. China ist inzwischen der grösste Handelspartner Südafrikas.

Ein neues Element in den chinesischen Investitionen in Afrika, die in den ersten drei Quartalen von 2009 um 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind, sind Public-Private-Partnerships. China erhält inzwischen den Zuschlag für fünfzig Prozent aller öffentlichen Aufträge in Afrika. Chinesische Firmen beherrschen den Strassenbau auf dem Kontinent. Mit dem Übergang zu Public-Private-Partnerships, auch Konzessionen genannt, folgt China einem Muster, das sich im Westen schon durchgesetzt hat, wo Bauprojekte schon sehr häufig auf diese Weise finanziert werden. Davon profitieren die beteiligten Finanzinstitutionen und privaten Firmen erheblich.

Während die chinesischen Banken in der Finanzkrise des letzten Jahres relativ glimpflich davongekommen sind, wurde die exportorientierte chinesische Wirtschaft hart getroffen. Etwa 25 Millionen Arbeiter haben ihre Arbeitsplätze verloren und die Exporte sind gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent eingebrochen.

Grosse Firmen, die von den grossen chinesischen Entwicklungsbanken unterstützt werden, sehen den globalen Abschwung jetzt als Chance, billiger an Rohstoffe, vor allem aus Afrika, zu kommen. Dem Handelsministerium zufolge haben chinesische Firmen in den ersten beiden Monaten von 2009 im Ausland Verträge über acht Mrd. Dollar abgeschlossen, fast 25 Prozent mehr als im Jahr davor.

China verfügt gegenwärtig über mehr als zwei Billionen Dollar Währungsreserven und US-Schatzbriefe, die wegen der Dollarschwäche zunehmend als Belastung gesehen werden. Die chinesische Regierung hat begonnen, Sachwerte wie Rohstoffe zu kaufen, um ihre Währungsreserven zu diversifizieren. In diesem Zusammenhang erscheinen niedrige Rohstoffpreise als gute Investitionen.

Öl in Angola und Nigeria

In den letzten Jahren haben chinesische Firmen in fast allen afrikanischen Ländern mit potentiellen Ölvorkommen versucht, Explorationsverträge an Land zu ziehen. Anfang des Jahres kaufte der chinesische Ölkonzern Sinopec die kanadisch-schweizerische Firma Addax auf, wodurch sie in den Besitz wertvoller Offshore-Technologie kam.

Angola ist Chinas grösster afrikanischer Handelspartner und versorgt China mit sechzehn Prozent seiner Rohölimporte. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern kletterte 2008 auf 25,3 Mrd. Dollar oder 23 Prozent des gesamten Handels Chinas mit Afrika. Die angolischen Importe aus China stiegen nach den Zahlen der chinesischen Zollbehörde um 96 Prozent auf 2,5 Millionen Tonnen.

Noch in diesem Jahr finden in Angola Präsidentschaftswahlen statt. Chinesische Bauprojekte spielen im Wahlkampf von Präsident Dos Santos eine wichtige Rolle. Aber in einigen Bereichen beklagen angolische Firmen, dass die Anwesenheit Chinas die eigene Entwicklung behindere, weil häufig Waren, die auch in Angola gekauft werden könnten, aus China importiert werden. Chinas Initiative für Public-Private-Partnerships ist unter anderem ein Versuch, dieser Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In Nigeria mit seinen grössten Gasvorkommen und zweitgrössten Ölvorkommen in Afrika sind chinesische Ölfirmen vor allem daran interessiert, Reserven im Wert von über 50 Mrd. Dollar zu übernehmen, für die im Moment grosse westliche Konzerne die Konzession besitzen. Die China National Offshore Oil Corporation (CNOOC), Chinas drittgrösste Ölfirma, versucht, Anteile an 23 Öllizenzen von bis zu 49 Prozent zu ergattern. Von diesen gehören zehn Chevron, acht Royal Dutch Shell, vier Exxon Mobil und eine Total. Sie decken mehr als zehn Mrd. Barrel nachgewiesener Ölreserven und beträchtliche Gasvorkommen ab.

Tanimu Yakubu, Chefwirtschaftsberater des nigerianischen Präsidenten, erklärte: «Selbst in diesem sehr frühen Stadium, wo noch keinerlei Ergebnisse vorliegen, ist klar, dass die Chinesen bereit sind, viel, viel mehr für einige dieser Lizenzen zu bezahlen, als ihre gegenwärtigen Halter.»

Wenn CNOOC erfolgreich wäre, würde sie zum grössten ausländischen Partner Nigerias.

Dämme, Häfen und Pipelines

In Äthiopien sollen chinesische Baufirmen mehrere grosse Staudämme bauen, um das Wasserkraftpotential des Landes nutzbar zu machen und Äthiopien zu ermöglichen, seine heimische Stromproduktion zu erhöhen und Elektrizität in die Nachbarstaaten zu exportieren.

Die Regierung Kenias hat sich kürzlich wegen eines 3,6 Mrd. Dollar Bauprojekts an China gewandt, das den Bau eines Hafens in der Touristenregion Lamu und Strassen und Eisenbahnverbindungen zu den Grenzen Kenias mit Äthiopien und dem Südsudan umfasst. Nairobi stand wegen dieses Projekts auch mit Katar in Verhandlungen. Dabei geht es auch um die Verpachtung von 40 000 Hektar Land für die landwirtschaftliche Nutzung. Der Transportkorridor würde eine Exportroute für chinesisches Öl aus dem Südsudan eröffnen, der China mit sechs Prozent seiner Ölimporte beliefert.

Daneben wird die China National Offshore Oil Corporation dem Energieministerium Kenias zufolge die Suche nach Öl im Norden Kenias aufnehmen. Sie verfügt auch über Schürfrechte für ein zweites Feld im Lamu-Becken. In Uganda verhandelt CNOOC mit der irischen Firma Tullow über den Kauf eines Teils ihrer Anteile an einem Ölfeld unter dem Albert-See, das mehr als eine Milliarde Tonnen erbringen könnte. Ungefähr vier Mrd. Dollar müssten für eine Pipeline zum Hafen und für eine Raffinerie investiert werden.

China weiss, dass es seine Interessen in Afrika verteidigen muss. Es hat unter dem Vorwand der Bekämpfung der Piraterie in dieser geopolitisch empfindlichen Wasserstrasse eine kleine Flottille von Kriegsschiffen in den

Golf von Aden entsandt. Ungefähr 40 Prozent der chinesischen Exportwaren und Rohstoffe werden durch diese Gewässer transportiert. Es ist das erste grosse Engagement der chinesischen Marine im Ausland ausserhalb eines UN-Mandats.

In Niger tritt China jetzt als Konkurrent Frankreichs als Käufer von Uranerz auf. Letztes Jahr unterzeichnete die China National Petroleum Corporation einen fünf Mrd. Dollar Vertrag für das Agadem Ölfeld bei Zinder. In Liberia will China Union 2,6 Mrd. Dollar in die Entwicklung von Erzminen in der Provinz Bong investieren.

In Sambia kaufte die chinesische Edelmetallfirma Non-Ferrous Company-Africa die Luanshya Kupfermine, eine 230 Millionen Dollar teure Mine mit 200 Millionen Dollar Schulden, und die China Exim Bank stellt 85 Prozent von 400 Millionen Dollar für ein Elektrizitätsgewinnungsprojekt in Kariba North zur Verfügung.

China befindet sich auch in Diskussion über den Bau einer Schienenverbindung zwischen der West- und Ostküste des südlichen Afrikas, die Mosambik, Angola, die Volksrepublik Kongo, Kongo-Brazzaville, Malawi und Sambia verbinden würde.

Landwirtschaft und Biotreibstoff

Die China Exim Bank leiht Mosambik 2,3 Mrd. Dollar für den Bau des Mphanda Nkuwa Staudamms am Sambesi. China genehmigte auch 800 Millionen Dollar Landwirtschaftshilfe für Mosambik, um die nationale Reisproduktion zu steigern, und verhandelt über den Bau einer Verbindung des Malawisees im Nachbarland Malawi mit den Wasserwegen Mosambiks und über den Bau von Staudämmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Infrastruktur.

Chinesische Firmen befinden sich auch auf der Suche nach Land für Rinderfarmen und Plantagen im Sambesi-Tal und hoffen auf die Ansiedlung von 3000 chinesischen Landwirtschaftsarbeitern auf in Mosambik gepachtetem Land, obwohl sich dagegen in der lokalen Bevölkerung starker Widerstand regt. China verfügt über lediglich neun Prozent des weltweiten bebaubaren Landes, aber über sechzehn Prozent der Weltbevölkerung, und hat deswegen Bedarf an Lebensmittelimporten.

In Uganda hat China 4000 ha Land gepachtet und in Sambia hat es zwei Millionen ha für die Biosprit-Produktion angefragt. Der Tycoon Stanley Ho aus Hongkong baut zügig ein Biotreibstoff-Imperium im Wert von 40 Mrd. Dollar auf, das für mehr als zehn Prozent der Weltjahresproduktion steht.

Unter dem Druck, Bauprojekte so schnell und so billig wie möglich zu realisieren, werden chinesische Firmen von Gewerkschaften in ganz Afrika kritisiert, weil sie Bestimmungen über Mindestlöhne und Arbeitsbedingungen verletzen. Ein Bericht des von den Gewerkschaften finanzierten African Labour Research Network (ALRN) vom Mai schrieb: «Gespannte Arbeitsbeziehungen, eine feindliche Haltung der chinesischen Arbeitgeber gegenüber Gewerkschaften, die Verletzung von Rechten der Arbeiter, schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Arbeitspraktiken sind an der Tagesordnung.» Die Gewerkschaft der südafrikanischen Textilarbeiter glaubt, dass seit 2001 60 000 Arbeitsplätze im Textilsektor verloren gegangen seien, weil einheimische Produkte von Importen unterboten wurden.

Auf der Staudammbaustelle von Bui in Ghana, für die Sinohydro verantwortlich ist, werden alle Arbeiter als Tagelöhner behandelt und müssen zu zwölf in einem Raum mit wenig Belüftung und schlechten sanitären Einrichtungen hausen. Als die Sinohydro-Arbeiter versuchten, eine Gewerkschaft zu gründen, wurden sie eingeschüchtert und gezwungen, das Vorhaben fallen zu lassen.

Chinesische Finanzinstitute gehen infolge der jüngsten Wirtschaftskrise auf der Suche nach höheren Profiten immer aggressiver vor. Weltbankpräsident Robert Zoellick führte kürzlich Gespräche mit der China Investment Corporation, die fast 300 Mrd. Dollar von Pekings Devisenreserven verwaltet. Dabei ging es um eine Zusammenarbeit bei Investitionen in der afrikanischen Industrie in industriellen Sonderzonen.

Die Schwächung des US-Dollars ermutigt China, seine eigenen globalen Finanzstrategien zu entwickeln. Ein Konsortium chinesischer Banken legte vor kurzem eine Milliarde Dollar in der Standard Bank of South Afrika an, um deren Expansion in Afrika und weitere chinesische Projekte dort zu finanzieren.

Vertreter Pekings haben kürzlich auch die Möglichkeit diskutiert, einen Teil der Devisen Chinas dazu zu nutzen, das weltweit grösste Entwicklungsprogramm mit der Bezeichnung «Harmonious World Plan» (Harmonischer Weltplan) zu finanzieren. Dessen wichtigste Empfängerländer wären afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Staaten.

Der Fond würde mit etwa 500 Mrd. Dollar ausgestattet, und zwar mit 100 Mrd. Dollar in Devisen und dem Rest in chinesischer Währung (ungefähr 2,7 Billionen Renminbi). Er würde Kredite via bestehender Institutionen wie dem Forum für China-Afrika-Kooperation an Entwicklungsländer vergeben, die als Mischung aus US-Dollars und chinesischen Renminbi ausgezahlt würden. Die Rückzahlung soll aus dem nationalen Haushalt oder aus den erzielten Profiten erfolgen.

Der von dem Ökonomen Xu Shanda im Juli dem Ständigen Ausschuss des chinesischen Volkskongresses vorgelegte Plan soll sich am Marshall Plan der Vereinigten Staaten aus der Nachkriegszeit orientieren. Er ist ein Versuch, die Auswirkungen der globalen Rezession auf die chinesische Industrie durch die Schaffung neuer Exportmärkte aufzufangen und den Renminbi als internationale Handelswährung zu etablieren.

Die ambitionierten Pläne Chinas in Afrika werden von der globalen Rezession und dem zunehmenden amerikanischen Trend zum Protektionismus vorangetrieben. Sie werden unvermeidlich zu scharfen Spannungen zwischen China und den USA führen, weil China damit wesentlichen Interessen der USA in die Quere kommt.

Der Artikel erschien im Original unter dem Titel *«China continues its aggressive pursuit of Africa's resources»* am 16. November 2009 bei WSWS. Übersetzung: WSWS

Quelle: <http://www.hintergrund.de/20091118531/wirtschaft/welt/china-verstaerkt-seinen-aggressiven-griff-nach-afrikanischen-rohstoffen.html>

Kanzlerin Merkel, fehlerlos wie das Politbüro

3. Oktober 2016 dieter; von Vera Lengsfeld

Nur wenige Tage nach dem angeblichen Fehlereingeständnis unserer Kanzlerin nach der desaströsen Berlin-Wahl, kommt nun das Dementi: «Ich sehe keinen Kurswechsel, sondern eine in sich schlüssige Arbeit seit vielen, vielen Monaten.»

Aha, sie sagt uns damit, dass sie das Einwanderungschaos, das sie mit ihrem einsamen Entschluss, unsere Grenze für unkontrollierten Zuzug zu öffnen, als Ergebnis einer «schlüssigen Arbeit» sieht. Sie droht uns damit, dass sie weiterarbeiten will, ungeachtet aller Folgen. Wenn diese Folgen nicht so gravierend wären, könnte man fast lachen und an Erich Honecker erinnern: «Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.» Merkel will weiterarbeiten, bis der letzte Euro ausgegeben ist. Man darf annehmen, dass sie danach vor den Folgen ihrer Arbeit fliehen wird, nach Kuba, Chile, Argentinien, wo immer gescheiterte Staatsmänner und -frauen sich vor den von ihnen angerichteten Pleiten abgesetzt haben. Margot Honeckers Haus soll noch zu haben sein.

Wie unangenehm die Suppe wird, die alle, die nicht abhauen können, auslöffeln müssen, kann man sich vorstellen, wenn man die aktuellen Verteilungskämpfe an den Tafeln unseres Landes beobachtet, wo das Essen bereits nicht mehr für alle reicht.

Unsere jüdischen Mitbürger, die bereits jetzt kein Gotteshaus oder eine andere jüdische Einrichtung mehr besuchen können, ohne an alpträumenhaften Sicherheitssperren vorbei zu müssen, werden die volle Wucht des massenhaft importierten Antisemitismus zu spüren bekommen. Die Schwulen und Lesben unter uns müssen dann schnell lernen, ihre Identität zu verbergen, damit es ihnen nicht so geht, wie ihren Brüdern und Schwestern in einigen arabischen Ländern, die an (deutschen) Baukränen aufgehängt oder von Hochhäusern gestürzt werden. Vielleicht sollten sie inkognito der Reiseempfehlung unserer Kanzlerin in ein arabisches Land folgen, um sich vor Ort darüber zu informieren, was ihnen blühen könnte, sollten die Masseneinwanderer, die bei uns ihre Lebensweise beibehalten wollen, eines Tages in der Mehrheit sein.

Einer von Merkels flotten Sprüchen lautete, das Land werde sich verändern, so wie wir uns veränderten, wenn wir nicht aus Stein wären. Es hat sich bereits verändert, wie die Kanzlerin leicht feststellen könnte, wenn sie sich nicht nur mit ihrer Staatslimousine plus Bewachung durch die Gegend bewegte. Es gibt bereits Viertel und Buslinien in der Hauptstadt, in denen die Migranten sichtlich in der Überzahl sind, wo sie es vor einem Jahr noch nicht waren. Das registrieren auch die Kinder türkischer Gastarbeiter, die heute Restaurants und Geschäfte betreiben, mit Sorge. Sie bekommen die rasant gestiegene Kriminalität ebenso zu spüren, wie ihre deutschen Nachbarn.



Die Krankenkassen haben bereits Beitragserhöhungen angekündigt, wenn ihnen mit Steuermitteln nicht massiv unter die Arme gegriffen wird. Die Kosten für die medizinische Versorgung der Einwanderer laufen, wie vor auszusehen war, aus dem Ruder. Die Rücklagen der Krankenkassen sind bereits aufgebraucht. Demnächst geht es an die Substanz. Was das bedeutet, wissen alle, die das in der DDR erlebt haben.

Dass eine grössere Zahl der Neuankömmlinge demnächst die Fachkräftelücke auffüllen und Steuern zahlen wird, wie Politik und Wirtschaft noch vor einem Jahr verkündeten, hat sich als naive Illusion erwiesen, denn die über-grosse Mehrheit der Migranten ist unterqualifiziert bis analphabetisch. Den Vorschlag unserer obersten Dienerin, Einwanderer schnell mit Fahrerlaubnissen für LKWs auszustatten, werden die Transportfirmen hoffentlich nie aufgreifen. Nicht nur, weil uns in Nizza demonstriert wurde, wofür man so einen LKW einsetzen kann, sondern weil es einer besonderen Qualifikation bedarf, einen Vierzigtöner zu führen.

Was soll man von einer Kanzlerin halten, die derart realitätsferne Vorschläge macht? Problemlösungskompetenz bescheinigt sie sich damit nicht.

Es sei nötig, sich mehr mit den Fluchtursachen zu beschäftigen, sagt Merkel: «Auch das mussten wir lernen.» Gelernt scheint sie aber nichts zu haben, denn die Fluchtursache Nummer eins sind die finanziellen Anreize, die den Fluchtwilligen bei uns ohne Gegenleistung geboten werden. Wohin das führt, könnte Merkel heute in Schweden studieren, wo es an die 55 No-Go-Areas gibt, in die sich kein einzelner Polizist mehr wagt. Über die dortigen Ausschreitungen hört man bei uns fast nichts.

Werden wenigstens den zurückgekehrten Abgeschobenen Geldleistungen verweigert? Davon hat man bisher nichts gehört. Dabei würde es vielleicht wirklich die Rückkehrerquote verringern, wenn klar wäre, dass es kein Geld mehr gibt. Was passieren wird, wenn eines Tages die Transferleistungen nicht mehr gezahlt werden können, mag man sich nicht vorstellen. Die unwahrscheinlichste Möglichkeit ist, dass sich die Einwanderer still und resigniert auf den Weg in ihre Heimatländer machen.

Wem die These, dass es vielen Einwanderern um Geld gehe, falsch erscheint, der schaue sich an, was die Forderungen der Menschen aus den Parkcamps in Como und anderswo sind: Sie wollen nach Deutschland, wegen des Geldes. Schutzsuchende sind sie in Italien nicht mehr, weil sie bereits in Sicherheit sind.

Man hätte auch lernen müssen, sagt Merkel, dass die EU-Aussengrenzen zu schützen seien, wenn man die Freizügigkeit erhalten wolle. Von Schutz der Aussengrenzen kann aber keine Rede sein. Frontex «begleitet» die Schlepperboote und nimmt die Menschen, die auf den Seelenverkäufern in Seenot geraten, auf und bringt sie nach Europa. Das ist kein Grenzschutz, sondern Beihilfe für die kriminellen Schlepperbanden.

Nun gehe es darum, «die Rückführung von Asylsuchenden voranzubringen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben.» Nur, Abschiebungen sind Ländersache. Unsere Kanzlerin kann erklären, was sie will, das wird Umfang und Tempo der Abschiebungen kaum beeinflussen.

Wenn ihre jüngsten Einlassungen der Versuch waren, ihre Flüchtlingspolitik besser zu erklären, so war der ungefähr so erfolgreich, wie die Erstellung eines Reisegesetzes durch das Politbüro im Herbst 1989. Damals glaubte man, durch die gnädige Gewährung eines Passes für alle DDR-Bürger die Demonstranten beruhigen zu können. Bekanntlich führte die Verkündigung der siebten Verbesserung dieses Gesetzes zum Mauerfall. Für das Politbüro plötzlich und unerwartet. Es hatte alle vorherigen Anzeichen übersehen.

Quelle: <http://krisenfrei.de/kanzlerin-merkel-fehlerlos-wie-das-politbuero/>

Kurz kritisiert Merkel in Flüchtlingsfrage scharf: «Diese Politik ist falsch»

Posted on Oktober 2, 2016 10:12 am by jolu; Epoch Times 2. October 2016 Aktualisiert: 11:48

Österreichs Aussenminister Kurz kritisierte mit ungewöhnlich scharfen Worten die Ankündigung von Bundeskanzlerin Merkel während des Flüchtlingsgipfels in Wien vor einer Woche, dass Deutschland künftig mehrere Hundert Flüchtlinge pro Monat aus Griechenland und Italien aufnehmen werde. «Diese Politik ist falsch.»

Österreichs Aussenminister Sebastian Kurz hat die Europäische Union aufgefordert, trotz bestehender Beschlüsse nicht länger an einer Umverteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedstaaten festzuhalten: «Das Ziel ist völlig unrealistisch», sagte Kurz der «Welt am Sonntag» unmittelbar vor dem Referendum über eine Verteilung von Flüchtlingen nach Quoten in Ungarn.

Das Flüchtlingsproblem lasse sich nicht durch eine Verteilung nach Quoten lösen, sagte der ÖVP-Politiker. «Die Massnahme, 160 000 Flüchtlinge innerhalb von zwei Jahren nach Quote auf die EU-Länder zu verteilen, halte ich für falsch. Die Europäische Union sollte trotz eines Beschlusses nicht länger krampfhaft daran festhalten, sondern sich jetzt davon verabschieden», so Kurz.

Sollten die Flüchtlinge, und davon sei auszugehen, weiterhin in demselbem Tempo wie bisher auf die EU-Länder verteilt werden, benötige man 30 Jahre für 160 000 Menschen. «Hinzu kommt, dass die Debatte über die Verteilung von Flüchtlingen nach Quoten den Zusammenhalt der gesamten Europäischen Union gefährden kann. Sie ist ein gefährlicher Spaltpilz, der für Unruhe, Missverständnisse und Anfeindungen sorgt.» Die Umverteilung nach Quoten funktioniere nicht, weil viele Länder nicht bereit sind, eine hohe Zahl an Flüchtlingen aufzunehmen, betonte der Minister.

«Ein weiterer Grund ist aber auch, dass viele Flüchtlinge sich weigern, in bestimmte EU-Länder zu gehen. Rumänien wurde beispielsweise, wie andere Staaten auch, gezwungen, tausende Quartiere zu schaffen. Aber es sind bis jetzt nur einige hundert Menschen bereit, nach Rumänien zu gehen.»

Mit Blick auf die Volksabstimmung in Ungarn an diesem Sonntag sagte Kurz: «Wäre unser oberstes Ziel von Anfang an nicht die Verteilung von Flüchtlingen, sondern der Schutz der Aussengrenzen gewesen, dann hätte es dieses Referendum in Ungarn vermutlich niemals gegeben.»

Er warnte vor einer Verurteilung der ungarischen Politik: «Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, dass es in Europa zwei verschiedene Klassen von Mitgliedern gibt. Ich glaube, dass mitteleuropäische Staaten in der Flüchtlingsfrage den Fehler gemacht haben, den anderen Staaten in der Europäischen Union ihre Linie aufzwingen zu wollen. Es ist gefährlich, wenn einige Staaten in der Europäischen Union den Eindruck erwecken, anderen Mitgliedsländern moralisch überlegen zu sein.»

Staaten wie Ungarn, Polen und die Slowakei hätten die «Einladungspolitik von Beginn an nie unterstützt». Gleichzeitig kritisierte Österreichs Chefdiplomat mit ungewöhnlich scharfen Worten die Ankündigung von Bundeskanzlerin Merkel während des Flüchtlingsgipfels in Wien vor einer Woche, dass Deutschland künftig mehrere Hundert Flüchtlinge pro Monat aus Griechenland und Italien aufnehmen werde. «Diese Politik ist falsch», sagte Kurz.

Das Ziel der geplanten Massnahme sei offenbar, die beiden südeuropäischen Länder zu entlasten: «Aber eine solche Politik, wie sie von Deutschland jetzt angekündigt wurde, wird leider das Gegenteil erreichen: Es werden dadurch vermutlich noch mehr Flüchtlinge nach Griechenland und Italien kommen und diese Länder werden noch stärker belastet werden.»

Solange man den Migranten das Gefühl gebe, dass es sich lohne, nach Italien und Griechenland zu kommen, weil man am Ende in Deutschland landen könne, «fördert man das Geschäft der Schlepper und löst weitere Flüchtlingsströme aus». Anstatt auf eine Politik zu setzen, «die gut gemeint ist, am Ende aber negative Auswirkungen für alle Seiten haben kann, weil noch mehr Migranten kommen», sollten Deutschland und andere EU-Staaten mehr tun für den Schutz der EU-Aussengrenzen und zugleich Flüchtlinge direkt im Rahmen von so genannten Resettlement-Programmen aus den Flüchtlingslagern wie in Syrien holen.

Auf die Frage an den ÖVP-Politiker Kurz, ob er eine Koalition seiner Partei mit der FPÖ ausschliesse, antwortete Kurz: «Nein. Die Frage stellt sich momentan aber gar nicht.» Hintergrund: Österreich wählt laut Plan im Dezember einen neuen Bundespräsidenten. Sollte der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer gewinnen, gelten Neuwahlen im kommenden Jahr als wahrscheinlich. Es wird erwartet, dass Kurz dann als Spitzenkandidat seiner Partei antreten wird.

(dts Nachrichtenagentur)

Quelle: <https://wahrheitfuerdeutschland.de/kurz-kritisiert-merkel-in-fluechtlingsfrage-scharf-diese-politik-ist-falsch/>

Wie Merkel das Erbe Deutschlands verspielt.

Von Jürgen Dittberner, bei Handelsblatt; Veröffentlichungsdatum: 27.09.2016, 12:54

Nach der nationalen Katastrophe von 1945 entstand im Westen Deutschlands eine Republik, die sich durch Demokratie, Wohlstand, Friedfertigkeit und Mass auszeichnete. Nicht, dass den «Westdeutschen» alles in den Schoß gelegt wurde. Alles wurde erarbeitet und nach und nach erkämpft.



Parteienforscher Jürgen Dittberner beobachtet die Große Koalition und Kanzlerin von Beginn an. Der FDP-Politiker war Staatssekretär im Berliner Senat und in Brandenburg.

Doch nun wird so viel vertan.

Der Parlamentarische Rat – dieses Ur-Gremium Westdeutschlands – schuf ein ‚Grundgesetz‘ – keine ‚Verfassung‘ – für die spätere Bundesrepublik. Darin wurden Lehren aus der jüngsten deutschen Geschichte fixiert: Dem hemmungslosen Zentralismus des untergegangenen ‚Führer‘-staates wurde ein wirkungsvoller Föderalismus entgegengesetzt. Der Verachtung der politischen Parteien folgte deren Aufwertung. Viele Rechte des Staatsoberhauptes gingen an den Kanzler über. Politisch Verfolgten wie zuvor den Juden oder Bibelforschern wurde Asyl angeboten. Vor allem aber: Im Mittelpunkt aller Politik sollte der Mensch, nicht die Nation oder der Staat stehen. «Die Würde des Menschen ist unantastbar.»

Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer festigte den neuen Staat nach innen und aussen. Nach Innen setzte sie die Ächtung des politischen Extremismus rechts und links durch, denn beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe beantragte diese Regierung, dass die rechte SRP einerseits und die linke DKP andererseits verboten würden. Sie war damit erfolgreich. Zugleich integrierte die Regierung die Bundesrepublik in die westliche Staatenwelt. ‚Westintegration‘ hiess das.

Heftig und oft ausserparlamentarisch war der Streit um die Rolle des Militärs in den fünfziger Jahren. Im Zug der Westintegration wurde die Bundeswehr schliesslich gegen viel Widerstand gegründet – als Landesverteidigungsarmee und beherrscht von den Westmächten einerseits sowie vom Bundestag andererseits. Der Militarismus früherer Zeiten sollte aus den Kasernen verbannt werden. Dafür sorgte das Konzept des ‚Staatsbürgers in Uniform‘.

Zugleich krepelten die Nachkriegsdeutschen die Ärmel hoch. Sie bauten ihr Land wieder auf, schufen Strassen, Fabriken und Handelsunternehmen. Der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard setzte auf den geläuterten Neoliberalismus und führte die ‚soziale Marktwirtschaft‘ ein. So, zudem befeuert durch die Wirtschaftshilfe des ‚Marshallplanes‘ der Amerikaner, entstand das ‚Wirtschaftswunder‘.

Nach dem ersten Staatengründer Konrad Adenauer kam ein zweiter. Es war ein parteipolitischer Glücksfall, dass der nicht Christ-, sondern Sozialdemokrat war: Willy Brandt. Nach Innen und Aussen verankerte er mit seiner Regierung die Bundesrepublik abermals. Unter dem Stichwort ‚Mehr Demokratie wagen‘ füllte er die formale Demokratie mit Inhalten. Ideen, Bewegungen und Initiativen kamen neben den bekannten politischen Institutionen auf das Feld der Politik und wurden dort akzeptiert. Flankiert von der ‚Westintegration‘ erfolgte die Aussöhnung mit dem Osten Europas, dem die Nazis viel Leid angetan hatten. Die ‚Neue Ostpolitik‘ sicherte den Frieden im einst kriegerischen Europa.

So wurde Deutschland stark. Die frühen Erben von Adenauer beherzigten die Lehren der Vergangenheit. Helmut Kohl spielte in Europa nicht den starken Mann, sondern stimmte sich mit kleinen Staaten ab, wenn es auf dem alten Kontinent um etwas Wichtiges zu gehen schien. An Kriegen der Westmächte beteiligt er sich nicht; er kaufte sich frei. Im westlichen Ausland lästerte man halb bewundernd, lange würde Westdeutschland das alles nicht bezahlen können.

«Angela Merkel hat keine Skrupel»

Danach kam der Übermut. Deutschland wurde wiedervereinigt, und Gerhard Schröder wurde ein Kanzler im Übergang. Zwar zog er mit in einen Jugoslawienkrieg und engagierte sich in Afghanistan, aber als die Amerikaner den Irak angriffen, verweigerte er ihnen – zusammen mit den Franzosen – die Gefolgschaft. Er war unsicher. Was sollte die Rolle des vereinten Deutschlands in der Welt sein? Den russischen Präsidenten Putin betrachtete er als Freund, Washington war ihm fremd.

Doch seine Nachfolgerin Angela Merkel hat keine Skrupel. Sie vertut gegenwärtig viel vom Erbe der alten Bundesrepublik.

Schon als sie noch in der Opposition war, beteuerte sie, dass sie im Amt der Regierungschefin Deutschland mit in den Irak hätte einmarschieren lassen. Als sie dann Kanzlerin war, wurde bekannt, dass sie ein Faible für die einstige Zarin ‚Katharina die Grosse‘ habe. Deutschland war wieder wer. Für Frau Merkel war klar, dass sie in Europa den Ton angebe. Wenn sie mit Frankreich einig war, galt das eben, auch wenn kleinere Länder wenig Begeisterung zeigten.

Mit Putin kam sie anfangs gut aus. Das war unpolitisch. Dass der Russe Deutsch und die Deutsche Russisch spricht, brachte beide Persönlichkeiten zunächst nahe. Doch Frau Merkels Herz schlägt für Amerika, und seit der Krimkrise ist sie eine der schärfsten Kritikerinnen des Kremls. Deutschland will Russlands Politik beeinflussen! Adenauer hingegen hatte gewusst, dass das nicht funktioniert. Er vereinbarte mit dem Vorgängerstaat Russlands, der Sowjetunion, diplomatische Beziehungen. Dem Rheinländer ging es um das Schicksal deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion.

Die Uckermarkerin aus der eben noch von Russen besetzten DDR belehrt nun die alte Weltmacht, was wahre Demokratie sei. Deutschland und Russland haben aber eine lange gemeinsame Geschichte. Die grössere Macht von beiden war dabei stets Russland. Wenn es darauf ankam, hatten Petersburg oder Moskau das Sagen und nicht Berlin. Daran wird sich zukünftig auch nichts ändern. Hat die Kanzlerin das bedacht?

Unter Adenauer war die CDU ein «Kanzlerwahlverein». Möglichst viele Gruppen und Schichten sollten sich an seiner Union orientieren, und so geschah es. Am rechten Spektrum des Volkes blieb wenig Platz; die CDU saugte viel auf. Wie der «Alte» hat auch Frau Merkel eine Partei geschaffen – allerdings keine eigene, sondern eine ihr wenig gesonnene, die AfD. Dass die rechtspopulistisch eingestellt ist, stört offenbar nicht sehr, denn diese Folge hätte bei der Propagierung der offiziellen Flüchtlingspolitik in Deutschland einkalkuliert werden müssen.

Nun, wo es schon sehr spät ist, kommen die Behörden darauf, dass das Grundgesetz bewusst von «politisch Verfolgten» und nicht «vom Krieg Betroffenen» spricht, wenn es Asyl verheisst. Als die Kanzlerin Deutschland für alle Syrer öffnete, ignorierte sie diesen Tatbestand.

«Deutschlands beste Jahre könnten vorbei sein»

Die Funktion der politischen Parteien wird neuerdings auf deren Kampagnenfähigkeit reduziert. Nicht der Wettbewerb der politischen Konzepte ist mehr ihre Aufgabe, sondern die Herstellung allgemeiner Wählbarkeit. Dabei saugt die CDU-Vorsitzende andere Parteien – vor allem die SPD – aus, um im Staat an der Macht zu bleiben. Kritiker nennen das «Bonapartismus».

Einst hiess es in Deutschland: «Nie wieder Krieg!» Noch Helmut Kohl wusste, wie viel Elend durch Krieg entsteht. 1945 bis 1990 schien es, als könnte Deutschland ein Land werden, das aus eigener Hybris gelernt hatte und den Krieg als «Mittel der Politik» ein für alle Mal ächtete. Unter Angela Merkel ist Schluss damit. Die Bundeswehr soll eine Interventionsarmee werden. Je mehr Auslandseinsätze sie hat, desto besser. Auch das kostbarste Erbe der alten Bundesrepublik ist verspielt.

So vieles wird vertan! Aus der «Westintegration» wurde Kadavergehorsam vor allem gegenüber den USA. Die «Soziale Marktwirtschaft» wird ausgetestet mit staatlich verordnetem Mindestlohn, Mütterrente und der Herabsetzung der Altersgrenze auf 63 Jahre. Aus «mehr Demokratie wagen» ist Kampagnenfähigkeit der Regierung und Homogenität der veröffentlichten Meinung geworden, «Ostpolitik» heisst jetzt, Deutschland die Führung in Europa überlassen. Und «Friede schaffen ohne Waffen» gibt es nicht mehr, denn Krieg ist erlaubt.

Wie so oft in der Welt, so geschah es mit Deutschland nach 1945.

Erster Schritt: Aufbau.

Zweiter Schritt: Die ersten Erben verwalten gut und wecken Begehrlichkeiten anderswo.

Dritter Schritt: Spätere achten den Wert des Erbes nicht und bringen es durch.

Quelle: <http://de.news-front.info/2016/09/27/wie-merkel-das-erbe-deutschlands-verspielt-von-jurgen-dittberner/>

US-Luftabwehrsysteme an die syrische Opposition

01.10.2016



Die möglichen Lieferungen von Artillerie- oder Luftabwehrsystemen an die syrische Opposition können sich im Endeffekt gegen die USA richten, wie der russische Vize-Aussenminister Michail Bogdanow äusserte.

«Das muss man bei den USA selbst fragen», antwortete Bogdanow auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten die sogenannte «Syrische Opposition» mit qualitativ anderen Waffen, wie zum Beispiel Mehrfachraketenwerfern und Flugabwehrwaffen ausstatten könnten. «Ich denke, dass das absolut kontraproduktiv sein wird, da diese von den Amerikanern aufgerüsteten und geschulten Menschen im Endeffekt dasselbe anrichten werden, was am

11. September in New York geschah», sagte Bogdanow in einem RT-Interview. Laut Wall Street Journal erwägen die US-Geheimdienste zurzeit, Rebellen rund um Aleppo mit weitreichenden Artillerie- oder auch Luftabwehrsystemen auszustatten. Die russische Aussenamtssprecherin Maria Sacharowa an Kirby: Wer genau soll «Angriffe auf russische Städte» ausüben? Zuvor hatte Russlands Aussenminister Sergej Lawrow seinen US-Amtskollegen John Kerry in einem Telefonat darauf aufmerksam gemacht, dass die USA Waffen an das Terrornetzwerk Dschebhat an-Nusra (Fatah al-Scham) liefern. Am 17. September hatten Kampfjets der US-geführten Koalition die syrische Regierungsarmee im Raum Deir ez-Zor angegriffen und 62 syrische Soldaten getötet, rund 100 weitere wurden verletzt. Die syrische Armee erklärte daraufhin die von Russland und den USA ausgehandelte Waffenruhe für beendet — schliesslich hatten sich die Rebellen nicht daran gehalten. Igor Konaschenkow, Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums. Russland kritisierte den Angriff scharf und machte die Rebellen für das Scheitern der Waffenruhe verantwortlich. US-Aussenminister John Kerry forderte jedoch, Russland solle Schritte unternehmen, um die Waffenruhe wiederherzustellen. Er drohte, dass die USA anderenfalls die «Zusammenarbeit» mit Russland in Sachen Syrien beenden würden.

Quelle: <https://de.sputniknews.com/politik/20161001/312779671/us-waffenlieferungen-an-syrische-rebellen-koennen-sich-gegen-die-usa-richten.html>

Wimmer: «Das amerikanische und westeuropäische Engagement in Syrien ist ein klarer Verstoss gegen das Völkerrecht»

Sputniknews; Fr, 30 Sep 2016 07:44 UTC

Was hat sich in einem Jahr des russischen Engagements in Syrien verändert und gibt es eine reelle Chance auf Frieden? Sputnik-Korrespondentin Ilona Pfeffer hat den ehemaligen Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Ex-Vizepräsidenten der OSZE Willy Wimmer um seine Einschätzung der Lage in Syrien gebeten.

Sputnik: Herr Wimmer, die Kämpfe in Syrien reissen nicht ab und vereinbarte Waffenruhen werden immer wieder gebrochen. Die Einmischung der USA und Russlands werden in den Medien teils irreführend dokumentiert. Wie beurteilen Sie die Lage in Syrien?

Wimmer: Wir haben es ja mit einer längeren Entwicklung zu tun, die tragischerweise vor fünf Jahren in den Bürgerkrieg und den Konflikt gemündet ist, als eigentlich die Konfliktlage zwischen Syrien und Israel wegen der Golan-Höhen beseitigt schien. Man stand unmittelbar vor einem Abkommen, das Frieden für den gesamten Nahen Osten hätte bedeuten können, wenn es nicht bestimmte Kräfte gegeben hätte, die an diesem Friedensschluss nicht interessiert waren. **Wir wissen ja, dass am Anfang der syrischen Tragödie britische, französische und amerikanische Spezialkräfte in diesem Land unterwegs gewesen sind, um diese bürgerkriegsartige und dann internationale Dimension erst zu bewerkstelligen.** Wir haben also eine Vorgeschichte, die sehr hoffnungsvoll gewesen wäre, wenn sie nicht ins Gegenteil verkehrt worden wäre. Seitdem erleben wir eine Tragödie, das syrische Volk scheint auszubluten. Jetzt kommt es darauf an, dass wir ein Ende dieses Elends finden und alles dafür tun, damit der Funke aus Syrien nicht auf andere Länder und uns selbst überspringt, denn das würde den grossen Krieg bedeuten. In diesem Zusammenhang möchte ich bewusst auch den Bogen zum Untersuchungsbericht über den Abschuss der malaysischen Maschine schlagen, der in den Niederlanden vorgestellt worden ist. **Man muss sich fragen: Ist man an der Aufklärung einer Tragödie interessiert oder sucht man einen Kriegsgrund?** Das ist die Dimension, in der wir uns bewegen und deswegen ist Syrien nicht weit weg. Wir müssen alles tun, um zu einer friedlichen Lösung beizutragen und das heisst nicht, dass wir mit Waffen, Finanzen und Militär in dieser Region einsteigen.

Sputnik: Russland ist seit einem Jahr vor Ort, welche Erfolge lassen sich verzeichnen? Und wie verhält es sich mit den Amerikanern und ihren Partnern?

Wimmer: **Das amerikanische und westeuropäische Engagement in Syrien ist ein klarer Verstoss gegen das Völkerrecht.** Es ist ein militärischer Einsatz auf dem Gebiet eines anderen Staates, der durch die Vereinten Nationen oder das Völkerrecht nicht legitimiert ist. Das ganze Elend, was sich in Syrien abzeichnet, verdanken wir natürlich diesen Kräften. Wenn es überhaupt eine Chance gibt, dass das Blutvergiessen in Syrien beendet werden kann, dann ist das dem Einsatz der Russischen Föderation zu verdanken, die sich auf der Seite des Völkerrechts global dafür einsetzt, dass es nicht aus den Angeln gehoben wird. Das haben die Vereinigten Staaten ja seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien vorgemacht. Das ist ein Ringen vor Ort in Syrien, aber auch eine Aus-

einandersetzung darüber, ob die Vereinigten Staaten den globalen Durchmarsch, den sie seit 1999 praktizieren, wirklich vollenden können oder ob die Welt noch eine Chance hat, wieder zu einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Völkern zurückzukehren. Ohne das russische Engagement in Syrien an der Seite der legitimen Regierung hätte die Welt überhaupt keine Chance.

Sputnik: Welche Ziele verfolgen die USA Ihrer Meinung nach in Syrien?

Wimmer: Die USA wollen offensichtlich eine neue Landkarte südlich Westeuropas und der Russischen Föderation zeichnen. Deswegen haben wir einen Gürtel von Konflikten und Kriegen zwischen Afghanistan, Irak, Syrien, und die gehen dann an den südlichen Rand des Mittelmeeres bis nach Mali. Das sind alles Gebiete, wo sich die Vereinigten Staaten involvieren, Kriege führen, zu einem Massenelend und der Vernichtung von Zivilisationen beitragen. **Sie hören damit auch nicht auf.** Die Russische Föderation ist in den Konflikt in Syrien aus der legitimen Verbindung zur Syrischen Republik und dem Präsidenten Assad eingestiegen, und bewegt sich auf der Ebene des Völkerrechts. Das macht den grossen Unterschied zwischen den Vereinigten Staaten und der Russischen Föderation aus. **Die Vereinigten Staaten stehen für Mord und Terror in unserer Umgebung und sind auch die Ursache für die Migrationsströme, die uns treffen.** Die Russische Föderation steht für die Rückkehr zu Verhandlungen und zur Vernunft und zu einem friedlichen Nebeneinander zwischen den Völkern. Die Tragik für Syrien besteht darin, dass das alles auf dem Rücken des syrischen Volkes ausgetragen wird und deswegen führt eigentlich kein Weg daran vorbei, zu Frieden zu kommen. Vielleicht gelingt es auch über die Brüche hinaus, den Rest von Vernunft in Washington aufrechtzuerhalten. Das Problem mit den Vereinigten Staaten besteht jetzt vor der Präsidentschaftswahl darin, dass es die gefährlichste Zeit ist, in der sich die Welt überhaupt befinden kann. Die Kräfte, die eigentlich die Vereinigten Staaten bestimmen, wollen die künftige amerikanische Regierung in allem, was sie tut, binden. Das heisst, ein Krieg ist so wahrscheinlich wie nur irgend etwas, und zwar ein Krieg, der über Syrien hinausgeht.

Sputnik: Mit der Kooperation zwischen den beiden Grossmächten klappt es ja bisher nicht wirklich gut, Russland signalisiert aber immer wieder die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Was meinen Sie, woran es bisher gescheitert ist und welche Chancen geben Sie der Kooperation?

Wimmer: Bei aller Unklarheit, wie es weitergehen wird, halte ich es trotzdem für möglich, dass beide Seiten zu einer Verständigung kommen, denn es steht viel mehr auf dem Spiel, als uns die Bilder aus Syrien deutlich machen. Es kann uns morgen in einer wesentlich grösseren Region treffen und die Bemühung der Russischen Föderation, das zu verhindern und den Konflikt einzudämmen, entspricht nicht dem amerikanischen Interesse. Das wird nämlich nicht von Obamas Regierung bestimmt, sondern von den Kräften, die darauf hoffen, dass Hillary Clinton die Präsidentschaftswahl gewinnt. Das ist ein altbekanntes Muster. Ich kann nur hoffen, dass die Dimension des Konfliktes für Washington so dramatisch ist, dass man zu Vereinbarungen kommt. Wenn das nicht gelingt, werden wir ein über Syrien hinausgehendes Desaster erleben.

Sputnik: Die westliche Medienberichterstattung kann den Eindruck erwecken, Russland sei massgeblich für Zerstörungen und die Tötung von Zivilisten in Syrien verantwortlich. Wie beurteilen Sie die Berichterstattung?

Wimmer: Man muss da zwei Dinge auseinanderhalten. Wenn Russland angesprochen wird, dann ist es in der Lage, selbst etwas dazu zu sagen. Das tut es auch. Das, was mich als Konsument westlicher Medien tangiert und wo man eigentlich nur wütend werden kann, **ist die Verfälschung aller Fakten, die wir seit Jahren erleben.** Der Pluralismus war mal ein wichtiger Bestandteil unserer Medienlandschaft, er ist aber aufgehoben worden. **Wir werden ja nur noch in den Krieg geprügelt und das hat man in diesem Jahr in perverser Weise gesehen.** Der Nato-Pressesprecher Jamie Shea, der uns 1999 in den Jugoslawien-Krieg geprügelt hat, wurde in diesem Jahr in Berlin wegen seiner Verdienste auch noch offiziell geehrt. Da weiss man doch, was mit unserer Medienlandschaft los ist! Darüber geht die westeuropäische Demokratie vor die Hunde.

Sputnik: Wessen Interessen werden dabei verfolgt und welche Botschaft soll transportiert werden?

Wimmer: Die Botschaft ist die: Wir trommeln für den Krieg, auch im Zusammenhang mit der Russischen Föderation. Vor zwei Jahren, beim Putsch auf dem Maidan in Kiew, sind wir nur haarscharf an einem Konflikt mit der Russischen Föderation vorbeigeschrammt. Das ist das Ziel, das wir bei der amerikanischen Politik seit 1999 sehen können und das bringt uns alle um.

Sputnik: Sie sprachen von den amerikanischen Interessen, aber welche Rolle spielt Deutschland?

Wimmer: Bei Helmut Kohl und Gerhard Schröder hatten wir gesehen, dass sie noch Rückgrat genug hatten, die deutschen Interessen auch in der Nato zu vertreten und sich nicht an bewaffneten Konflikten zu beteiligen. Sehen Sie sich heute die Situation an, wo unsere Verteidigungsministerin in den Irak fährt und dort weiteres deutsches militärisches Engagement ankündigt. **Zu meinem Leidwesen muss ich sagen, dass Berlin nicht auf der Höhe von Bonn ist, was die Wahrnehmung deutscher Interessen anbetrifft.**

Quelle: <https://de.sott.net/article/26369-Wimmer-„Das-amerikanische-und-westeuropaische-Engagement-in-Syrien-ist-ein-klareres-Verstoß-gegen-das-Völkerrecht“>

Saudi-Arabien: Tausende Bürger fordern Gleichstellung von Frauen

Sputnik; Mi, 28 Sep 2016 13:36 UTC

Tausende Bürger Saudi-Arabiens haben auf der offiziellen Webseite der königlichen Regierung eine Petition mit der Forderung unterschrieben, das System der Vormundschaft über Frauen abzuschaffen, berichtet *«The Guardian»* am Mittwoch.

In der Petition wird hervorgehoben, dass den saudi-arabischen Frauen das Recht gewährt werden soll, Entscheidungen zu treffen und zu handeln, ohne von Männern dabei kontrolliert zu werden.

«Die Frauen müssen wie gleichberechtigte Bürgerinnen behandelt werden, die selbst Entscheidungen treffen, wenn sie das Erwachsenenalter erreicht haben und für ihre Handlungen verantwortlich sind», heisst es.

Nach saudi-arabischem Recht muss jede Frau ihren männlichen Vormund (den Vater, den Ehemann oder einen anderen Angehörigen) um Genehmigung bitten, um ein Studium oder Arbeit aufzunehmen, eine Reise unternehmen, heiraten und sogar medizinische Hilfe in Anspruch nehmen zu dürfen.

Die Kampagne gegen das Vormundschaftssystem in Saudi-Arabien ist in den letzten Jahren immer populärer geworden, besonders im Internet. So hat die genannte Online-Petition bereits 15000 Unterschriften gesammelt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26312-Saudi-Arabien-Tausende-Bürger-fordern-Gleichstellung-von-Frauen>

Ein weiteres *«Hospital»*-Video syrischer Terroristen als Laientheater für westliche Propaganda entlarvt

28 MittwochSep 2016; Posted by Dok in Allgemein



Es gibt ungezählte Berichte und Internetvideos, die belegen, wie syrische *«Rebellen»* und Terroristen Theatervorstellungen einstudieren oder aufführen, die dann in den westlichen Medien verbreitet werden. Laienschauspieler, die sich mit Blut einschmieren und Opfer der syrischen

Regierung mimen.

Das wohl bekannteste Propagandamachwerk dieser Sorte wurde für die BBC produziert und nennt sich *«Saving Syria's Children»*. Dass man in einem Krieg derartige Gräuelbilder extra produzieren muss, erschliesst sich nicht auf Anhieb, leuchtet aber ein, wenn man bedenkt, dass in diesen Machwerken für die westliche Propaganda nahezu ausschliesslich Kinder und Zivilisten vorgeführt werden.

So gut wie nie sieht man in einem dieser *«Hospital»*-Fakes verletzte Kämpfer, dabei ist vollkommen klar, dass die Terroristen die Krankenstationen in ihren Gebieten komplett unter ihrer Kontrolle haben, und wer denkt, dort würden Zivilisten überhaupt behandelt, wenn ein verletzter Terrorist eines Arztes bedarf, der glaubt auch, in Syrien handle es sich um einen Aufstand von *«Demokraten»*.

Ein aktuelles Propagandamachwerk, das unter anderem von al-Jazeera ausgestrahlt wurde, hat der Journalist Haidar Sumeri getwittert. Deutlich ist zu sehen, wie ein *«Opfer»*-Darsteller in einem *«Hospital»*-Setting bis über beide Ohren grinst und hastig auf *«sterbender Schwan»* umschaltet, als er erkennt, dass die Kamera auf ihn gerichtet ist.

Man muss sich klarmachen, dass das gesamte Set von vorne bis hinten gestaged ist. Ausstattung und Instruktionen dürften von westlichen Geheimdiensten stammen. Es ist nicht der erste von Sumeri entlarvte Fake. Bereits im März enttarnte er die Bilder eines minderjährigen *«blutigen»* Opfers, das sich ebenfalls als Nachwuchsschauspieler für Kriegspropaganda entpuppte.

Quelle: <https://propagandaschau.wordpress.com/2016/09/28/ein-weiteres-hospital-video-syrischer-terroristen-als-laientheater-fuer-westliche-propaganda-entlarvt/>

Al Nusra-Kommandeur bestätigt westliche Hilfe

Montag, 26. September 2016, von Freeman um 08:00

Am Montag ist ein Interview von Jürgen Todenhöfer mit einem Kommandeur der «Jabhat Al Nusra» im Kölner-Stadt-Anzeiger erschienen, in dem bestätigt wird, dass die radikal islamischen Terroristen in Syrien vom Westen finanziell und militärisch massiv unterstützt werden. In der Überschrift des Artikels wird die Kernaussage des Terrorchefs zitiert: «Die Amerikaner stehen auf unserer Seite».

Todenhöfer sagte, dass er vor 10 Tagen in Syrien war und das Interview mit Abu Al Ezz in der Nähe von Aleppo geführt habe, Kommandeur der Al Kaida-Filiale «Jabhat Al Nusra». Seine Aussagen bestätigen was ich schon seit Jahren aufgezeigt habe:

- Geldgeber der Terroristen sind Saudi-Arabien, Katar und Kuwait.
- Israel gewährt Unterstützung, da sich Israel im Krieg mit Syrien und mit der Hisbollah befindet.
- Die Führer des IS arbeiten mit westlichen Geheimdiensten zusammen.
- Die USA liefern direkt «TOW»-Raketen an die Terroristen.
- Panzer kommen über die Türkei aus Libyen, wie auch «BMs»-Mehrfachraketenwerfer.
- Offiziere aus der Türkei, Katar, Saudi Arabien, Israel und Amerika sind Berater der Terroristen.
- Sie bekommen Hilfe mit Satelliten, Raketen, Aufklärungsarbeiten und thermischen Überwachungskameras.
- Die Terroristen haben Desinteresse an einem Waffenstillstand und an internationalen Hilfskonvois.
- Ziel ist die Eroberung von Syrien, danach der Arabischen Welt und dann von Europa.

Wir sehen, was die Politiker und Medien uns bisher über den Krieg in Syrien erzählt haben, dass es sich um einen «Bürgerkrieg» und um die ehrenhafte «Befreiung» der syrischen Bevölkerung von einem Diktator handle, ist voll gelogen. Es geht nur um den Sturz der legitimen Regierung Syriens mit Hilfe von eingeschleusten Söldnern, die ihre eigene radikal islamische Agenda des Dschihad haben.

Die Behauptung, es gebe «moderate Rebellen», die gut und unterstützungswert seien, ist auch eine Täuschung und Lüge. Die schneiden die Köpfe der «Ungläubigen» dann etwas «moderater» ab ... oder was? Jeder, der eine Waffe trägt und nicht eine syrische Uniform, ist ein Terrorist. Ohne die Finanzierung und Bewaffnung durch den Westen, gäbe es keinen Krieg und keine Zerstörung in Syrien und auch nicht Millionen von Flüchtlingen.

Laut neuesten Meldungen aus kurdischen Quellen hat das Pentagon mindestens SIEBEN Basen im Norden von Syrien errichtet, die sich in den Regionen Qamishli, Ain Issa, Kobane, Hasaka und Tal Abyadh befinden. Von diesen illegalen Basen auf syrischem Territorium werden die Terrorgruppen im Kampf gegen die syrische Armee gesteuert und koordiniert.

Die einzigen, die diesem verbrecherischen und mörderischen Treiben entgegenstehen und die syrische Bevölkerung vor den Terroristen schützen, sind, neben der syrischen Armee, Russland und der Iran. Man kann gar nicht so viel kotzen darüber, wie verlogen und kriminell Washington und seine westlichen Lakaien sind und wie die kontrollierten Medien hetzen und alles verdrehen.

Aber das habe ich schon vor 5 Jahre geschrieben: «Der Westen will keine Demokratie in Syrien. Es sind die Pipelines, was sonst?»

«Syrische Terroristen von USA und Golfstaaten unterstützt» und mein aktueller Artikel: «Warum greift der IS nicht Israel an?»

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2016/09/al-nusra-kommandeur-bestatigt-westliche.html>

«Wer zu spät kommt, ...» Axel Retz mit aktueller Analyse von Migranten bis zur Deutschen Bank

Von Axel Retz / Gastkommentar 29. September 2016; Aktualisiert: 29. September 2016 22:45

Vor gut einem Jahr meldete sich der Journalist und Finanzanalyst Axel Retz in einem Offenen Brief an die Regierung und die Medien zu Wort, um seiner Sorge um unser Land Ausdruck zu verleihen. Wir veröffentlichen heute wieder eine seiner aktuellen Analysen als Denkanstoss.

Die Warner haben wieder Hochkonjunktur: Die einen sehen den Wirtschaftsstandort Deutschland wegen möglicher terroristischer Anschläge und der Bildung von Parallelgesellschaften in Gefahr, die anderen wegen zunehmender Fremdenfeindlichkeit. Schwarzsehen ist keine Tugend, den Kopf in den Sand zu stecken aber auch nicht. Verantwortungs- statt Gesinnungsethik ist das Gebot der Stunde. Davon sind GroKo (Anm. Grosse Koalition) und Medien weit entfernt. Noch ein Stückchen weiter weg sind sie von demokratischen Grundprinzipien und Meinungsfreiheit. Und damit pushen sie die AfD immer weiter nach oben.

Vermutlich hat der letzte Staatspräsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, den in der heutigen Überschrift angedeuteten Satz nie gesagt. Belegt ist nur, dass er am 5. Oktober 1989 beim Empfang auf dem Berliner Flughafen Schönefeld zu Erich Honecker geäußert hat: «Ich glaube, Gefahren warten nur auf jene, welche nicht auf das Leben reagieren.»

(Zu) späte Einsicht: «Die Zeit zurückdrehen»

Das jetzt zu hörende Eingeständnis der Kanzlerin «Wenn ich könnte, würde ich die Zeit um viele, viele Jahre zurückdrehen, um mich mit der ganzen Bundesregierung und allen Verantwortungsträgern besser vorbereiten zu können auf die Situation, die uns im Spätsommer 2015 eher unvorbereitet traf», unterstreicht, dass Angela Merkel die Aussage Gorbatschows entweder nicht verstanden oder in den Wind geschlagen hat.

Und das gilt nicht nur für den Flüchtlingszustrom, sondern auch für die «Rettung» des Euro, die Erosion der Beziehungen zu Russland und den Zerfall des innereuropäischen Zusammenhalts.

Bei allen diesen Themen fährt die Bundeskanzlerin einen beharrlichen oder besser starrsinnigen Kurs. Die Ergebnisse: Das Flüchtlingsthema hat politisch fast alles andere in den Hintergrund gedrängt, die Zustimmungsraten zur Groko stürzen dramatisch ab, die Euro-«Rettung» hat sich als Fass ohne Boden erwiesen und die nächste Bankenkrise steht vor der Tür, die Spannungen zwischen USA/Nato und Russland haben sich an den Rand eines neuen «heissen Krieges» bewegt und die EU steht vor dem Zerfall und der Rückkehr zur Nationalstaaterei.

Heute die Zeit zurückdrehen zu wollen, ist eine späte Einsicht. Und nicht richtig ist meines Erachtens, dass Kanzlerin und Regierung von den Geschehnissen überrascht worden seien. Spätestens seit meinem «Offenen Brief» vom 11. 9. vergangenen Jahres (<http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/axel-retz-offener-brief-ermutung-zum-eigenen-denken-ueber-den-inneren-und-den-aeusseren-frieden-a1270267.html>) waren Regierung und Medien informiert. Aber sie liessen die Dinge laufen.

Sie liessen sie auch laufen, obwohl am 24.9.2016 die Stellvertreterkriege zwischen den USA und Russland eskalierten und die Nato ihre Einkesselung Russlands immer weiter forcierte. Sie liessen sie ebenfalls laufen, obwohl sich die Wirtschaftslage immer weiter eintrübte. Sie liessen sie laufen, wenngleich immer klarer wurde, dass mit den Flüchtlingsströmen auch Terroristen nach Europa kamen. Und sie liessen sie auch laufen, als Grossbritannien der EU den Rücken kehrte, der Vertrauensverlust der Bevölkerung immer greifbarer wurde und letztlich in ein generalisiertes, offenes Misstrauen gegen die politische Kaste umschlug.

Niemand in Berlin kann von sich behaupten, die wirklichen Ursachen aller dieser für Europa durchaus dramatischen Entwicklungen nicht zu kennen. Und wenn er/sie es doch kann, ist er/sie fehl am Platze. Wer immer in Deutschland ein politisches Amt bekleidet, ohne die Strategiepapiere bzw. Bücher beispielsweise der Herren Wolfowitz, Brzesinsky, Friedman und Barnett gelesen zu haben, befindet sich in einem sträflichen Zustand der Ahnungslosigkeit.

Einen Zustand der Ahnungslosigkeit kann man zumindest dem Teil der Medien, die ihre Berichterstattung nicht nach der Methode des Karl-Theodor Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester Freiherr von und zu Guttenberg betreiben, nicht unterstellt werden. Dennoch wirkten sie geradezu wie besessen daran mit, jeden Kritiker der Euro-Rettung, des Säbelrasselns gegenüber Russland, der Kriege der Nato und der Flüchtlingskrise als «europafeindlich», «fremdenfeindlich», «rechts» oder «nationalsozialistisch» zu bezeichnen.

Destatis legt die Fakten auf den Tisch

Schon längst habe ich darauf hingewiesen, dass die hohe Zuwanderung für die Sozialsysteme und insbesondere die Renten keinesfalls die immer wieder prognostizierten, positiven Impulse setzen wird. Und dass die Islamisierung Deutschlands auch ohne weitere Zuwanderung gelingen wird, einfach, weil die Reproduktionsrate (Kinder/Frau) der Migranten weitaus höher ist als die der sogenannten «Biodeutschen», was immer darunter zu verstehen ist.

Am 16. September hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (Destatis) meine Aussagen mit harten Zahlen untermauert, die ich ausschnittsweise einmal weitergebe. Bitte beachten Sie, dass in diesen Daten die seit 2015 zugewanderten Migranten nicht berücksichtigt wurden, es sei denn, sie verfügten bereits über einen eigenen Haushalt, was so gut wie nicht der Fall ist.

Im «Mikrozensus» (einer Art reduzierter Volkszählung) kam Destatis zu folgenden Ergebnissen (Stand 2015): 17,118 Millionen (erfasste) Migranten leben derzeit in Deutschland, was 21,1 Prozent der Bevölkerung entspricht. Bei den unter 18-jährigen beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund 30 und bei den Kindern unter fünf Jahren 36 Prozent. 26,12 Prozent der Migranten haben keinen Berufsabschluss, 1,69 Millionen nicht einmal einen Schulabschluss. Was sich natürlich auch auf die Armutsgefährdung auswirkt. 12,5

Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund fallen laut Destatis in diese Gruppe, bei den Migranten sind es 27,7 Prozent.

Zur Quote der Erwerbstätigen: 2015 betrug sie bei den «Biodeutschen» 50,6 Prozent, bei den Migranten aus Afrika 35,5 Prozent, bei afghanischen 31,4 Prozent, bei Zuwanderern aus dem Irak 26,2 und ausgerechnet bei den immer wieder als besonders qualifiziert dargestellten, aus Syrien stammenden Migranten nur 16,9 Prozent.

Nach diesen Zahlen steht zu erwarten, dass bei den Einschulungen in wenigen Jahren Kinder mit Migrationshintergrund die Mehrheit stellen werden – was für das darauf bis jetzt so gut wie gar nicht vorbereitete Schulsystem enorme Anstrengungen bedeutet, vor allem bei der Anzahl neuer Lehrer und Dolmetscher, die es bis jetzt schlichtweg nicht gibt. Was die im Raum stehende Forderung betrifft, die Lerninhalte der Schulen abzusenken, wird sich das von ganz allein ergeben.

Migranten in der Arbeitswelt

Ebenso zeichnet sich ab, dass ein Grossteil der Migranten nie in der Arbeitswelt Fuss fassen wird und dass ein beachtlicher Prozentsatz der Zuwanderer, der doch einen Job findet, zwangsläufig im Niedriglohnbereich landet. Die am 23.9.2016 vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen belegen, dass 5,7 Millionen Menschen in Deutschland gerne mehr arbeiten würden. Womit sich die Frage stellt, wie die viel beschworene «rasche» Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt eigentlich funktionieren soll, erst recht, wenn sich die beim G20-Treffen skizzierte Vision vom vermehrten Einsatz der Robotik durchsetzt.

Die von Destatis veröffentlichte Erwerbstätigkeitsquote (in der die in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebrachten, 2015 eingetroffenen Zuwanderer wie gesagt noch gar nicht berücksichtigt sind), lässt keinen Zweifel daran, dass ein erheblicher Teil der Migranten auf dauerhafte Unterstützung angewiesen sein wird, erst recht, wenn der Familiennachzug in Gang kommt. Und auch wenn die Politik sie entweder verschweigt oder beschönigt, sind die Folgen klar:

Die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung werden steigen, die Lebensarbeitszeit verlängert, die Renten noch stärker abgesenkt werden. Und Steuererhöhungen und/oder die Maut für alle dürften auch wieder zum Thema werden – natürlich erst nach den Bundestagswahlen.

Die Flüchtlingsthematik darf gewiss nicht nur aus ökonomischem Blickwinkel betrachtet werden, unter den Tisch fallen darf sie aber auch nicht. Denn irgendwer muss nun einmal für die Kosten geradestehen.

Der Aufreger der vergangenen Woche war zweifellos die von «BILD» veröffentlichte Meldung, dass sich rund 550 000 abgelehnte Asylbewerber im Land befinden – teilweise seit vielen Jahren. Dem stehen in diesem Jahr (Januar – Juli) ca. 13 000 Abschiebungen gegenüber. Auch hier scheinen der Regierung die Fäden völlig entglitten zu sein.

Realitätsfremde Erwartungen und Hoffnungen

Abschliessend lässt sich im Rückblick festhalten, dass sowohl bei den Zuwanderern als auch bei den «Wir schaffen das»-Anhängern völlig realitätsfremde Erwartungen und Hoffnungen vorlagen und teilweise auch immer noch vorliegen. Weder wartet auf die Migranten ein Haus, eine Arbeitsstelle und ein grosses Auto noch werden die Zuwanderer Deutschlands Fachkräftemangel beheben oder seine Rentenkassen füllen – aus heutiger Sicht eher im Gegenteil.

Sicher werden sie die auf der Spitze stehende, demographische Pyramide entschärfen, aber ein statistisch jüngster Altersdurchschnitt einer Bevölkerung allein, der ökonomisch rote statt schwarzer Zahlen bedeutet, ist kein Gewinn und damit eben auch nicht das, was GroKo und Industrieverbände prognostiziert hatten.

Und er ist nicht nur kein Gewinn, er ist auch politisch hochbrisant. US-Präsident Obama – einer der Hauptverantwortlichen für die Fluchtbewegungen – lobte zwar in dieser Woche vollmundig die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und verwies darauf, dass auch Amerika einst von Flüchtlingen und Migranten aufgebaut worden sei. Er vergass allerdings den Hinweis, dass danach 90 Prozent der Ureinwohner Amerikas den Gang in die ewigen Jagdgründe angetreten haben, was in Australien ähnlich war.

Welche Ängste die Menschen in die Arme der AfD treiben, weiss ich nicht, aber dass die Partei nach neuesten Erhebungen (Infratest dimap) nun bundesweit 16 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen kann, sollte von der GroKo ernst genommen werden (<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/09/23/umfrage-afdsteigt-bundesweit-auf-16-prozent/>).

Was die Menschen vielleicht wirklich zur AfD treibt, ist das Gefühl, nicht mehr gehört zu werden. Wenn leitende SPD-Funktionäre (die EU-Kommission immer vorneweg) vor ihrem Partei-Konvent forderten, die Proteste der Bevölkerung gegen CETA und TTIP einfach nicht zu beachten, zeugt das vom Totalverlust der Einsicht in die

einfachsten Regeln der Demokratie. Niemand, wirklich niemand treibt die Wähler effektiver in die Arme der AfD als CDU und SPD und natürlich die Deutschlandhasser aus den Reihen der «DIE GRÜNEN».

Die Grundlage der Demokratie

Leser Uwe L. aus Bonn hat mich in dieser Woche noch einmal an dieses wunderschöne Zitat unseres früheren Bundespräsidenten Gustav Heinemann erinnert, das ich gerne weitergebe: «Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates. Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.»

Und heute? Heute wird jeder in die rechte Ecke gestellt, der es wagt, in einem Satz die Worte «Flüchtlinge» und «aber» gemeinsam auszusprechen oder laut über den fehlkonstruierten Euro oder die EU nachzudenken.

Wären solche Menschen alle Nazis, was wären nach dieser Lesart dann die Niederländer, die Franzosen, die Dänen, die Österreicher, die Ungarn und die Einwohner der baltischen Staaten, die Slowenen oder gar die Briten?

Deutsche Bank: Twin-Towers einsturzgefährdet

Die beiden im Frankfurter Westend stehenden Hochhäuser der Deutschen Bank, auch als «Soll und Haben» bezeichnet, könnten vom gleichen Schicksal ereilt werden wie die WTC-Skyscraper am 11. September 2001. Hineinfliegen muss da niemand. Kontrolliert sprengen muss man sie auch nicht. Wenn, dann brechen sie unter den nicht enden wollenden Prozessen mit Milliardenforderungen und unter der weit über 60 BILLIONEN Euro liegenden Derivate-Exposition zusammen.

Am Dienstag vergangener Woche soll es dazu ein Geheimtreffen von SPD-Finanzpolitikern gegeben haben (<http://deutschewirtschafts-nachrichten.de/2016/09/24/spd-politiker-geheime-krisensitzung-wegen-deutscher-bank/>). Dass diese Damen und Herren wirklich wissen, um was es geht, darf bezweifelt werden. Denn ansonsten hätten sie, spätestens seit 2007/2008, konsequent gegensteuern müssen.

Ein Geldhaus wie die Deutsche Bank, über das mittlerweile von den Medien mehr durch kriminelle Machenschaften denn durch hamburgische Kaufmannstugenden berichtet wird, ist dank der Laissez-faire-Politik der Regierung und des «Too big to fail»-Dogmas tatsächlich zu einem Monster angeschwollen, das die Finanzmärkte jederzeit in den Abgrund reißen kann. Und der deutsche Branchenprimus spielt diesbezüglich international sicher in der ersten Reihe mit.

Charttechnisch betrachtet, sieht es momentan hier nach dem Versuch einer Bodenbildung aus. Aus meiner Sicht wüsste ich nichts, was das garantieren würde. Natürlich wird es im Falle des Falles (etwa der Durchsetzung der US-Forderung nach 14 Milliarden US-Dollar) zu finanziellen Rettungsversuchen der Bundesregierung kommen, die so gut wie sicher mit den öffentlichkeitswirksamen Hinweisen garniert werden, dass sich die Bank auf einem guten Weg befinde und ihre Probleme bald überwunden haben werde. Siehe Griechenland.



Axel Retz ist seit über 25 Jahren als Chefredakteur von Börsenmagazinen und Börsendiensten tätig und betreibt die Portale www.private-profits.de und www.moneyversum.de

Die Meinungen unserer Gastautoren entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der anderer Gastautoren, sie dienen der Meinungsbildung und Meinungsvielfalt unserer Leser.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/welt/wer-zu-spaet-kommt-axel-retz-mit-aktueller-analyse-von-migranten-bis-zur-deutschen-bank-a1941097.html>

Warum hat Syrien kein Recht auf Selbstverteidigung?

Dienstag, 4. Oktober 2016, von Freeman um 17:00

Können Sie sich erinnern? Jedesmal wenn die israelische Armee die Bevölkerung von Gaza wegen einigen ineffektiven selbst gebastelten Raketen mit Bomben und Granaten angegriffen hat und dabei Tausende palästinensische Zivilisten getötet wurden, dann haben die USA und die EU sofort gesagt, Israel habe das Recht, sich zu verteidigen. Dieses Selbstverteidigungsrecht hat Syrien aber nicht, wenn die Terroristen Raketen und Mörser auf die syrischen Zivilisten abfeuern. Die syrische Armee darf nach Meinung des Westens die Terroristen nicht bombardieren.

Dann sagen dieselben westlichen Politiker, das sei ein Kriegsverbrechen. Wie immer wendet der Westen unter der Führung von Washington zweierlei Mass an.

Als Israel 2008, 2012 und 2014 die verbrecherischen Bombenkriege gegen Gaza durchführte, haben die USA die Angriffe auf die Zivilbevölkerung von Gaza als gerechtfertigt verteidigt. Bei ihrer Rede vor der UN sagte die US-Botschafterin Samantha Power am 18. Juli 2014: *«Präsident Obama hat heute Morgen mit Premierminister Netanjahu gesprochen und die Unterstützung der Vereinigten Staaten für Israels Recht sich zu verteidigen nochmals versichert. Die Angriffe der Hamas sind inakzeptabel und würden für jedes Mitglied der UN inakzeptabel sein. Israel hat das Recht seine Bürger zu verteidigen und die Angriffe zu verhindern.»*

Umgekehrt klingt es aber ganz anders. Syrien hat nicht das Recht seine Bürger zu verteidigen und vor den Angriffen der radikal islamischen Terroristen zu schützen. Warum wird das Recht auf Selbstverteidigung nur Israel zugestanden, aber Syrien nicht? Sind die Israelis etwas Besonderes und dürfen deshalb mehr als andere? Wäre diese Ungleichbehandlung und Bevorzugung nicht Rassismus? Ich weiss, ist eine müssige Frage, denn wir kennen die Antwort. Ja, die Israelis haben von Amerika einen Freibrief alles tun zu dürfen!

Als die israelische Luftwaffe Spitäler, Schulen und Moscheen bombardierte und dem Erdboden gleichmachte, wobei viele palästinensische Zivilisten umkamen, wurde die Ausrede des zionistischen Regimes vom Westen akzeptiert, dass sich die Terroristen der Hamas sich hinter Zivilisten verstecken und es halt *«Kollateralschäden»* gebe. Wenn die Kämpfer der Al-Nusra und der ISIS sich hinter Zivilisten verstecken und diese als Schutzschilde missbrauchen, dann ist es ein Kriegsverbrechen, wenn die syrische Armee die Stellungen der Terroristen angreift und dabei Zivilisten umkommen.

Auch an diesem Beispiel sieht man, der Westen und seine Medien sind Heuchler und haben eine Doppelmoral. Dazu kommt noch, dass die Medien die Situation in Aleppo völlig falsch darstellen. Die Bevölkerung von Ost-Aleppo ist praktisch komplett vor den Kopfabschneidern geflüchtet, die meisten auf die Seite des *«bösen Diktators»* Assad nach West-Aleppo, insgesamt 1,2 Millionen, und es sind nur 40 000 Terroristen und deren Sympathisanten im Ostteil der Stadt übrig, die jetzt bekämpft werden.

Die Angriffe der israelischen Luftwaffe auf Gaza im Sommer 2014 hat mehr als 2000 Zivilisten getötet, die überwiegende Mehrheit waren Frauen und Kinder. Der Krieg, den Israel gegen die Bevölkerung von Gaza immer wieder führt, ist völlig unverhältnismässig, es ist eindeutig Völkermord, denn die Bevölkerung von Gaza hat keine Waffen und kann sich nicht gegen eine der grössten Armeen der Welt, mit der modernsten und tödlichsten Rüstung, wehren und schon gar nicht Israel angreifen und gefährden.

Israel benimmt sich wie ein Elefant, der behauptet, eine Mücke würde durch ihr Summen eine Gefahr darstellen. Ja, ein Summen, denn einen Stich kann man die besseren Feuerwerkskörper die in Richtung Israel abgefeuert werden und keinerlei Schaden anrichten nicht nennen. Sie sind sowieso nur symbolisch, um gegen die israelische Repression zu protestieren. Gaza ist von der Aussenwelt hermetisch abgeriegelt, einschliesslich Luftraum und Meereszugang. Israel hält die 1,3 Millionen Menschen in Gaza wie in einem Konzentrationslager. Die Mehrheit der Insassen dieses grössten Gefängnisses der Welt oder ihre Vorfahren stammen aber aus nahegelegenen Städten und Ortschaften, aus denen sie von den Zionisten vertrieben wurden.

Unter der Genfer Konvention und der UN-Resolution 194 haben sie das Recht auf Rückkehr in ihre Häuser, ein Recht, das ihnen aber von der zionistischen Besatzungsmacht verweigert wird, wie alle anderen Menschenrechte auch. Den Palästinensern wurde 1948 die Heimat geraubt und jüdische Siedler, die aus aller Welt eingewandert sind und absolut nichts mit Palästina zu tun hatten, haben sich ihres Eigentums bemächtigt und ihnen ihr Land gestohlen.

Die grösste Lüge der Zionisten lautet, Palästina sei ein leeres Land gewesen, und es habe keine Palästinenser gegeben, die man aus ihrer Heimat vertreiben konnte. Ach ja? Wo kommen dann die SIEBEN MILLIONEN Palästinenser-Flüchtlinge her, die vertrieben wurden???

Die ganze Geschichte, warum es überhaupt zum Nahost-Konflikt gekommen ist, wird völlig falsch dargestellt und ist komplett erlogen. Die Palästinenser werden als Täter hingestellt und die Israelis als Opfer ... dabei ist es genau UMGEKEHRT!!! Die Urbevölkerung Palästinas wird seit bald 70 Jahren von den eingereisten Zionisten vergewaltigt und geschändet, unterdrückt und entrechtet, deshalb ist es eine Unverschämtheit, sie Terroristen zu nennen und sie als solche zu behandeln. Die wirklichen Terroristen sind die Zionisten!!!

Die Palästinenser wollen nicht das zionistische Regime stürzen, sondern verlangen die Anerkennung ihrer Rechte und ein Ende der Besatzung. Auf der anderen Seite aber, wollen die vom Westen rekrutierten, finanzierten und bewaffneten ausländischen Söldner der FSA, Al-Kaida, Al-Nusra, ISIS und wie sie alle heissen, die syrische Regierung stürzen, jeden der sich ihrer pervertierten Version des Islam nicht unterwirft massakrieren und das Land erobern, um ihr Kalifat darauf zu gründen.

Wenn einer wirklich das Recht hat sich zu verteidigen, dann ist es die syrische Regierung und die syrische Bevölkerung!

Die legitime Regierung Syriens hat auch das Recht, Russland und Iran um militärische Hilfe zu bitten, um gegen die Übermacht der sogenannten Koalition, welche die Terroristen aktiv unterstützt, USA, Türkei, Saudi-Arabien, Katar, Dänemark, Grossbritannien, Frankreich und Australien, zu bestehen. Auch hier ist das, was uns erzählt wird, voll gelogen, von wegen Kampf gegen den Terror ... KAMPF MIT UND FÜR TERROR gegen Syrien!!!

Was sagt Samantha Power diesmal vor dem UN-Sicherheitsrat? Sie hat am 26. September die Terroristen der Al-Nusra und ISIS verteidigt und Russland aufgefordert ›ihre‹ Terroristen nicht mehr zu bekämpfen. Sie behauptete: «Das Assad-Regime hat die Absicht, jeden Zoll Syriens militärisch zu erobern.» Wie bitte, erobern? Wie kann man das eigene Land erobern?

Richtig wäre die Aussage: «Die Assad-Regierung hat die Absicht, jeden Zoll Syriens von den Terroristen wieder zu befreien.» Hallo, befreien!!!

«Statt nach Frieden zu streben, machen Russland und Assad Krieg.» Richtig wäre aber die Aussage: «Statt nach Frieden zu streben, machen die USA und seine ISIS/Al-Kaida-Dschihadisten Krieg.»

Dann sagte Power: «Russland hat ständig eines gesagt und was anderes gemacht.» Ich korrigiere auch diese Aussage, denn die Wahrheit lautet: «Die Vereinigten Staaten haben ständig eines gesagt und was anderes gemacht.» Power lügt auf unverschämte Art daher, weil das US-Regime ein grosses Problem hat, weil nämlich die syrische Armee mit Luftunterstützung der Russen hinter ihren angestellten Terroristen her sind, die in Syrien eindringen, es destabilisieren und zerstören. Jetzt sind sie in Ost-Aleppo ohne Ausweg eingekesselt und betteln darum, Washington möge sie doch retten.

Das ständige Mantra des ›Assad muss weg‹, die ›irrtümliche‹ Bombardierung der syrischen Truppen als Unterstützung für die ISIS, die amerikanischen Hellfire-Raketen, die auf einen Hilfskonvoi abgefeuert wurden, um es Russland in die Schuhe zu schieben, die Bewaffnung und Finanzierung der Al-Kaida und Al-Nusra zeigt, wie doppelzünftig, verlogen und kriminell die Politik Washingtons und überhaupt des Westens ist.

Und warum das Ganze? Damit Saudi-Arabien und Katar ihr Gas über Syrien und die Türkei nach Europa liefern können, statt die Iraner und Russen.

Um die Frage in der Überschrift zu beantworten: JA, die syrische Regierung hat das Recht, jeden, der eine Waffe in der Hand hält und keine Uniform der syrischen Armee trägt, als Feind zu behandeln und sich gegen solche fremden Kämpfer zu verteidigen. Es gibt keine moderaten Terroristen, keine Terroristen, die man schonen soll, keine sogenannten Rebellen, weil sie von Washington gesponsert werden, sondern nur ein extremistisches, ausländisches Mörderpack, das man bekämpfen und vernichten muss.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/10/warum-hat-syrien-kein-recht-auf.html#ixzz4MDSFyHb6>

Russland will Microsoft ersetzen und verbannen

Montag, 3. Oktober 2016, von Freeman um 09:00

Die Stadt Moskau wird die Programme von Microsoft mit einheimischer Software auf allen Computern ersetzen, nachdem Präsident Putin die russischen Behörden dazu aufgerufen hat, die Abhängigkeit von ausländischer Technologie schnellstmöglich zu reduzieren, infolge der Spannungen mit den USA und der EU. Die Stadtverwaltung wird zuerst die ganzen Microsoft Exchange Server und Outlook auf 6000 Computern gegen ein Mail-System vom staatlichen Provider Rostelecom austauschen, wie Artem Yermolaev, Chef der IT für Moskau, der Presse mitteilte. Das wäre nur der Anfang; der Einsatz von neuer Software wird sich auf über 600 000 Computer und Server erstrecken, mit dem völligen Ersatz von Windows und Office, sagte Yermolaev. Es geht einerseits um die Unterstützung der russischen Softwarehersteller und um die Sicherheit vor Ausspionierung durch die amerikanischen Firmen, die alle Hintertüren der NSA eingerichtet haben. Wie ich bereits berichtet habe, macht Windows 10 aus jedem PC eine Spionagestation, denn es werden laufend Daten über das Benutzerverhalten an Microsoft gesendet, einschliesslich was das Mikrofon im Raum hört.

Präsident Putin hat die staatlichen Institutionen und auch Firmen dazu angehalten ›heimisch‹ zu gehen, wegen der Bedenken über die Sicherheit und Zuverlässigkeit, nachdem US-Firmen die Bezahldienste für die Krim abgeschaltet haben, wegen dem Referendum und dem Wunsch der Bevölkerung, sich Russland anzuschliessen. Der Plan für den Ersatz sämtlicher ausländischer Software trifft aber nicht nur Microsoft, sondern auch SAP und Oracle, in einem Markt mit einem Volumen von 3 Milliarden Dollar. Parallel dazu will Putins Internetberater, German Klimenko, die Importsteuer für ausländische Softwarefirmen erhöhen, um die lokalen Hersteller zu fördern.

«Wir wollen das Geld des Steuerzahlers und der Staatsfirmen hauptsächlich für lokale Software ausgeben», erzählte Kommunikationsminister Nikolay Nikiforov den Reportern. Von 2017 an werden die Monopolaufsicht, die Generalstaatsanwaltschaft und die Finanzaufsicht Druck auf die staatlichen Institutionen ausüben, die nicht auf heimische Alternativen wechseln, sagte Klimenko.

Mittlerweile wurde eine Liste mit fast 2000 russischen Softwareprodukten erstellt, welche die staatlichen Behörden als Alternative benutzen sollen. Moskaus Stadtverwaltung hat bereits die Software von Cisco Systems für die Kameraüberwachung durch eine lokale Software ersetzt. Die staatliche Medienorganisation Rossiya Segodnya und Moskaus Regionalverwaltung wechselten von der Oracle Datenbank zur open-source PostgreSQL Software, die von heimischen Programmieren unterstützt wird.

Regierungssprecher Sergei Zheleznyak erklärte, Microsoft sei dabei erwischt worden, wie sie mit ihrer Software «Minute für Minute die Überwachung von Millionen von russischen Bürgern» betreibe. «Die USA präsentiert sich selber als Bastion der Demokratie, dabei führt sie tatsächlich die Überwachung von zig Millionen von russischen Bürgern und von anderen Ländern durch. Alle grossen Internet-Firmen, die in den USA gegründet wurden, sind in diese hässliche Geschichte involviert, und die Firmen operieren auf dem Territorium unseres Landes», sagte der Sprecher des Kreml.

Meiner Meinung nach sollten sich nicht nur Russland, sondern auch Iran und China und alle anderen Länder von der amerikanischen Spionagesoftware und Monopolstellung befreien und dabei die heimische Softwareindustrie und Arbeitsplätze fördern. Es gibt Alternativen, die sehr gut funktionieren, oder sogar besser und stabiler sind, wie ich hier berichtet habe. Ich selbst benutze schon lange keine Mikroschrott-Produkte mehr, sondern das Linux-Betriebssystem und Open-source-Applikationen.

Passend zum Thema Computer und Internet, hier eine Nachricht über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Täuschland. Fratzenbuchs europäischer Politikdirektor Richard Allan hat jetzt bekanntgegeben, dass im vergangenen Monat über 100 000 Beiträge von deutschen Benutzern gelöscht wurden, wie mit dem Merkel-Regime vereinbart, weil diese angeblich «Hass» beinhaltet haben.

Der Bundesminister für Rechtsverdrehung Heiko Maas hat diese Zahl als viel zu niedrig verurteilt und verlangt viel mehr Zensur von den Betreibern der sozialen Netzwerke. Aus der Sicht des Regimes strafbare Inhalte werden im Internet noch immer «viel zu wenig und viel zu langsam» gelöscht, sagte Maas.

Ach ja, der Mikrosaftladen hat wieder eine Pleite mit seinem neuesten Update für Windows 10 hingelegt. Die 7. kumulative Fehlerbehebung ist selbst voller Fehler, wie Benutzer mit einer Flut von Beschwerden auf Twitter berichten. Die PCs sind instabil und laufen in einer endlosen Schleife von wiederholten Versuchen des Updates und des Neustarts. «Dieses Update versagt während der Installation bei mir und die Fehlermeldung «0x800736cc error» erscheint», berichtet ein genervter Benutzer.

Könnt ihr euch noch an den James Bond Film «Der Morgen stirbt nie», 1997, erinnern? Dort findet folgender Dialog in Anspielung auf Microsofts bewusst fehlerhaft gemachter Software statt:

Elliot Carver: Mr. Jones, sind wir bereit die neue Software herauszugeben?

Jones: Ja Sir. Wie verlangt ist sie voller Fehler, was bedeutet, dass die Leute gezwungen sein werden über Jahre Upgrades von uns zu bekommen.

Elliot Carver: Hervorragend!

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/10/russland-will-microsoft-ersetzen-und.html#ixzz4M7Qstdp9>

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/asylbewerber-verweigern-arbeit-mit-argument-sind-merkels-gaeste-1923548.html>

Philippinischer Präsident Duterte: USA raus – stattdessen Allianz mit Russland und China

RT Deutsch; Di, 27 Sep 2016 07:53 UTC

Los von Washington: Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hat seine Absicht bekräftigt, sein Land vom ehemaligen Kolonialherren, den USA, abzukoppeln und verkündete, dass er im Begriff sei, den «Point Of No Return» zu überschreiten.

«Ich bin dabei, den Rubikon zwischen mir und den USA zu überqueren», sagte der umstrittene Präsident des Pazifikstaates gegenüber Reportern, ohne weiter auszuführen, was er damit konkret gemeint habe.

Duterte bekräftigte, dass die Philippinen engere Beziehungen zu Russland und China anstrebten – jenen beiden Nationen, die das US-amerikanische Streben nach globaler Führung in Frage stellten. Er fügte jedoch hinzu, dass er die Beziehungen zu den USA nicht vollständig abbrechen werde, sondern sich nur zu dem Punkt hin orientieren wolle, an dem es Manila möglich sei, eine unabhängige Politik zu betreiben.

«Ich bin dazu bereit, die Verbindungen [zu den USA] zwar nicht völlig abzubrechen, aber unser Land gegenüber Allianzen mit China und ... [Dmitri] Medwedew zu öffnen. Der wartet dort [in Russland] auf meinen Besuch», beteuerte Duterte mit Bezug auf den russischen Premierminister.

Die Ausführungen erfolgten kurz vor den für Oktober geplanten gemeinsamen Marineübungen der Philippinen und der USA. Derartige Manöver verfolgten im Lauf der Jahre den Zweck, die militärische Allianz zwischen den beiden Ländern zu zementieren.

Duterte hatte bereits zuvor angekündigt, er werde sich um die Kündigung jenes Vertrages bemühen, der US-Soldaten deren Präsenz im Süden seines Landes ermöglicht. Er kündigte auch an, Waffen aus Russland und China kaufen zu wollen, um die Abhängigkeit seines Landes von den Vereinigten Staaten in Verteidigungsfragen zu verringern. Manila würde sich auch nicht an einem maritimen Konflikt in der Region beteiligen, in den Washington geraten würde, obwohl ein im Jahr 1951 geschlossener Vertrag genau das vorsieht.

Die Militärs beider Seiten versprachen jedoch, dass die Aussagen des Präsidenten ihre Zusammenarbeit nicht untergraben würden.

Am Montag wies Duterte auch die in der letzten Woche geäußerten Bedenken von Seiten der Rating-Agentur Standard & Poors zurück. Diese hatte gewarnt, die schlechte Performance der philippinischen Wirtschaft und die umstrittenen Äusserungen Dutertes können die Einrichtung dazu veranlassen, die Bewertung des Landes zu revidieren.

«Machen Sie sich nichts aus Ratings», äusserte der Präsident daraufhin an die Adresse potenzieller Investoren, und fuhr fort: «Ich werde die Philippinen für Sie öffnen, um Geschäfte zu machen, Handelsallianzen zu schmieden und Gewerbe zu treiben.»

Duterte kam aufgrund seines Images als harter Kerl an die Macht. Er versprach, die Drogenkriminalität genauso zu bekämpfen, wie er dies während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Davao City getan hatte. Das kompromisslose Vorgehen im Kampf gegen Drogen brachte ihm den Spitznamen «The Punisher» ein, einer Selbstjustiz übenden Figur aus Marvel-Comics, die gegen die Mafia kämpft.

Der Präsident sagte, er würde Untersuchungen durch die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten begrüßen, um Vorwürfe angeblich ungesetzlicher Tötungen während seiner derzeit laufenden Anti-Drogen-Kampagne aufzuklären. Die internationalen Ermittler müssten sich jedoch an die philippinischen Gesetze halten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26304-Philippinischer-Präsident-Duterte-USA-raus-stattdessen-Allianz-mit-Russland-und-China>

Angela Merkel verspricht Afrikanern mehr Geld

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zugesagt, den afrikanischen Regierungen wieder mehr Entwicklungshilfe zukommen zu lassen. Wenn die EU die Fluchtursachen nicht beseitigen könne, dann müsse man die Afrikaner nach Europa kommen lassen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den afrikanischen Staaten mehr Geld versprochen. Deutschland müsse in Zukunft seine Ausgaben für Entwicklungshilfe erhöhen und dabei neue Wege der Unterstützung prüfen, sagte sie auf einem Tourismusgipfel in Berlin.

Mit Blick auf die extreme Bevölkerungsexplosion in Afrika warnte Angela Merkel vor grossen Flüchtlingsströmen nach Europa. Um diese zu vermeiden, sei es wichtig, den Ländern unter die Arme zu greifen, zitiert sie SPON.

Als Beispiel für die Bevölkerungsexplosion in Afrika nannte Merkel kürzlich den Niger. Die Bevölkerung des Niger werde sich alle 20 Jahre verdoppeln, sagte sie. Grund dafür ist, dass das islamische Land im Westen Afrikas eine Geburtenrate von 7,6 Kindern pro Frau hat – so viel wie in keinem anderen Land der Welt.

«Afrikaner zu uns nach Europa lassen»

Zudem wiederholte Angela Merkel ihre Forderung, mit weiteren Anrainerstaaten des Mittelmeers Flüchtlingsdeals nach dem Vorbild der Türkei zu schliessen. Man müsse «entweder die Menschen zu uns lassen oder aber Wege finden, die Fluchtursachen so zu bekämpfen, dass Menschen vor Ort, in der Nähe ihrer Heimat, eine gute Aufenthaltsmöglichkeit haben.»

Merkel erwähnte auch die vielen Afrikaner, die schon auf ihrer Fahrt über das Mittelmeer nach Europa ertrunken sind. In der vergangenen Woche etwa ertranken mehr als 160 Afrikaner vor der Küste Ägyptens bei der Havarie eines überladenen Bootes. Rettungsschiffe waren zu spät erschienen, um die Migranten noch lebend nach Italien holen zu können.

Das Flüchtlingsabkommen zwischen EU und Türkei sieht vor, dass alle illegalen Migranten aus Griechenland in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden zurückgeschickten illegalen Syrer darf seit dem 4. April dieses Jahres ein anderer Syrer aus der Türkei direkt in die EU einreisen.

Wieder mehr Entwicklungshilfe für Afrikas Regierungen

Die westlichen Staaten in der OECD haben sich Anfang der Siebzigerjahre das Ziel gesetzt, dass sie 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufwenden wollen. Deutschland und weitere EU-Mitgliedsländer verfehlten im Jahr 2015 die Marke von 0,7 Prozent des BNP.

Deutschland etwa gab 0,52 Prozent für Entwicklungshilfe aus. Doch darin waren die Kosten für die Versorgung von Hunderttausenden Flüchtlingen im Inland enthalten. Im Jahr 2014 hatte Deutschland ohne Flüchtlingshilfe gut zwölf Milliarden Euro und damit 0,42 Prozent des BNP für Entwicklungshilfe ausgegeben.

Quelle: <https://www.berlinjournal.biz/angela-merkel-entwicklungshilfe-afrika/>

Freiheitsindex: Viele Deutsche haben Angst, ihre politische Meinung zu äussern

Epoch Times; Aktualisiert: 27. September 2016 22:33

Über ein Drittel der Deutschen haben Angst, ihre politische Meinung öffentlich zu äussern. So heisst es im Freiheitsindex, der auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage und einer qualitativen Medienanalyse seit 2011 erhoben wird. Dem aktuellen Freiheitsindex Deutschlands zufolge haben mehr als ein Drittel der Deutschen Angst, ihre politische Meinung öffentlich zu äussern. Wie die «Junge Freiheit» berichtet, gaben 62 Prozent der Befragten an, ihre politische Meinung in öffentlichen Gesprächen frei zu sagen. Demnach ist dies der niedrigste Wert seit 1990. Die Studie besage auch, dass die Freiheit für die Bundesbürger einen höheren Stellenwert darstelle als Gleichheit, Gerechtigkeit oder Sicherheit.

Deutsche legen Wert auf Höflichkeit und Benehmen

Zudem konnten die Forscher eine Rückkehr zu klassischen bürgerlichen Tugenden erkennen, so JF. Für Erziehende seien Höflichkeit und Benehmen am wichtigsten. 40 Prozent der Befragten würden das Leben als «Aufgabe», 39 Prozent als Genuss sehen. Der Studie zufolge sei es für 54 Prozent der Deutschen «auf jeden Fall in Ordnung», Ausländer zu kritisieren. 33 Prozent meinten jedoch, «das sollte man möglichst vermeiden». Für 74 Prozent stelle es kein Problem dar, in Gegenwart von Moslems Schweinefleisch zu essen.

Der Freiheitsindex wird auf Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage und einer qualitativen Medienanalyse seit 2011 erhoben.

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/freiheitsindex-viele-deutsche-haben-angst-ihre-politische-meinung-zu-aeussern-a1940186.html>

Endgültiger Beweis durch Studie: Fracking verursacht Erbeben

RT Deutsch; Di, 27 Sep 2016 09:26 UTC

Die in den USA weitverbreitete Methode «Fracking» ist verantwortlich für **mindestens fünf Erdbeben**. Dies zeigt eine geophysikalische Studie, die im *Journal Science* veröffentlicht wurde. **Damit bestätigen die Forscher alte Vorwürfe**. Die Gesellschaft diskutiert seit Jahren darüber, ob Fracking möglicherweise Erbeben verursacht. Eine neue Studie aus den USA beweist, dass Erdbeben in Texas nicht auf natürliche Art und Weise entstanden sind. Die Ursache sei menschliches Handeln, zeigt die Studie. Die Wissenschaftler **konnten nachweisen, dass die Injektion von Abwasser in tiefe Gesteinsschichten Erdbeben auslösen kann**.

Die Forscher verwendeten Radarinterferometrie, um zu testen, welche Wirkung das beim Fracking verpresste Wasser im Untergrund hat. Mit Hilfe von Satelliten gelang es den Wissenschaftlern, die Herkunft der Erdbeben in Texas festzustellen, von denen eins **sogar die Stärke 4,8 erreichte**.

Erstmalig massen die Forscher, wie sich die Oberfläche in der Nähe von Bohrlöchern anhebt. Die Forscher be-

rechneten, wie der Porendruck unter den Bohrlöchern steigt, welcher die Erhebung verursacht und die Erdbeben ausgelöst hat.

Einer der Autoren der Studie, Manouchehr Shirzaei, teilt mit: «Die Überwachung der Deformierung an den Oberflächen durch diese Untersuchungstechnik ist eine proaktive Annäherung an die Handhabung der Gefahren, die mit der flüssigen Einspritzung einhergehen, und kann in der Erdbebenvorhersage behilflich sein.»

Die Studie fand auch heraus, dass die seismischen Aktivitäten **selbst dann zunahmen, wenn die Menge des eingespritzten Wassers reduziert wurde**, um den Druck zu senken. Die seismischen Aktivitäten stiegen trotz allem überall an, **auch in ehemaligen Bohrgebieten.**

Einer der Autoren, der Geophysiker William Ellsworth von der Stanford Universität behauptet, dass diese Technik es ermöglicht, von Menschen verursachte Erbeben zu bestimmen. Auch Rowena Lohman von der Cornell Universität lobt dieses Verfahren und erläutert, dass die Satellitendaten von den Bodenveränderungen andere Methoden **gut ergänzen.**

Obwohl die Erdbeben inzwischen aufgehört haben, weist sie darauf hin: «Das Gebiet wurde **über einen Zeitraum von etwa 18 Monaten ziemlich stark erschüttert. Die Beben liessen nach, als die Injektion von Abwasser in die Gesteinsschichten stark sank.**»

Anhand dieser Studie können Forscher den Druck auf den Untergrund einschätzen, um die Menge der Abwassereinspritzung zukünftig zu kontrollieren. Zudem können sie die Zufuhr stoppen, wenn der Druck einen kritischen Wert erreicht. Somit lassen sich die gefährlichen Injektionen möglicherweise vermeiden.

Die durch Fracking ausgelöste Erbebengefahr wurde schon früher untersucht. Eine andere Studie des amerikanischen Erbebendienstes US Geological Survey fand im Jahr 2013 heraus, dass die Anzahl der Erdstöße im Zentrum der USA in den Jahren 2011 und 2012 im Vergleich zu den 1970er Jahren **nahezu um das Siebenfache** erreicht hat.

Dieser Studie zufolge besteht das eigentliche Problem nicht im Bohren, sondern im **Verpressen von Schmutzwasser**, das die Druckverhältnisse unter Tage verändert.

In den Jahren 2011 und 2012 wurde der Bundesstaat Texas von einer Reihe Erdbeben erschüttert. Damals ereigneten sich **innerhalb von drei Wochen 16 Erbeben. Eins davon war das Stärkste seit 5 Jahren.**

Cliff Frohlich, Erdbebenforscher an der Universität von Texas, machte **schon damals** die Abwässer in den Fracking-Bohrlöchern dafür verantwortlich, dass die Erdbebenaktivität stark anstieg. «Ich würde sagen, dass es sehr gut möglich ist, dass die Erdbeben mit den Bohrungen zusammenhängen», sagte Frohlich in einem Interview mit KHOU Television.

Quelle: <https://de.sott.net/article/26289-Endgultiger-Beweis-durch-Studie-Fracking-verursacht-Erbeben>

Neuester Wahnsinn: Auch abgelehnte Asylbewerber sollen Sprachkurse und Hartz IV bekommen!

By Angelika on 26. September 2016

Angesichts der Schwierigkeiten bei der «Rückführung» abgelehnter Asylbewerber wird der Ruf nach Integrationsangeboten für alle lauter. Spätestens wenn Asylsuchende auf die Kommunen verteilt würden, müssten auch Menschen mit «schlechter Bleibeperspektive», sofern keine Aussicht auf eine schnelle Rückkehr in die Heimat bestehe, Zugang zu Sprache, Ausbildung und Arbeit erhalten.

So heisst es in einem Gutachten, das der Politologe Dietrich Thränhardt und die Sozialpädagogin Karin Weiss für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) verfasst haben. Denn selbst bei einer Rückkehr in das Heimatland könnten Deutschkenntnisse und berufliche Kompetenzen von Vorteil sein – für den Betroffenen und für den Herkunftsstaat.

Die SPD-nahe Stiftung plädierte am Montag ausserdem für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Stattdessen sollte jeder Flüchtling Hartz-IV-Leistungen erhalten. Damit könne man sich einen «erheblichen Bürokratieaufwand» sparen. Die FES sprach sich zudem für eine Stärkung der Verantwortung der Kommunen in der Flüchtlingspolitik aus.

«Durchsetzung verbindlicher Mindeststandards»

Gleichzeitig betont sie, dies müsse mit der «Durchsetzung verbindlicher Mindeststandards» einhergehen. Sonst sei «angesichts steigender Skepsis in der Bevölkerung durchaus vorstellbar, dass einige Kommunen eine neu zugestandene Kompetenz nutzen würden, um für Flüchtlinge unattraktiver zu werden».

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich derweil erneut für Flüchtlingsabkommen mit weiteren Mittelmeer-Anrainern ausgesprochen. Vorbild dafür ist das EU-Türkei-Abkommen. Sie wisse, dass «wir alles daran setzen müssen und auch wollen, dass sich eine Situation wie die im Spätsommer des letzten Jahres nicht wiederholt», sagte Merkel am Montag in Berlin und verwies auf zahlreiche Menschen, die auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken seien.

EU-Türkei-Abkommen als Schlüssel

Merkel sprach von einer Pflicht, legale Wege für Flüchtlinge zu uns zu finden oder ihnen in der Nähe ihrer Heimat einen guten Aufenthalt zu bieten. Das EU-Türkei-Abkommen sei ein Schlüssel dazu. «Das sind Mechanismen, die wir auch im Blick auf andere Länder, zum Beispiel auf Ägypten oder auch Tunesien und andere, einführen müssen.»

Das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass alle illegal in Griechenland eingereisten Schutzsuchenden in die Türkei abgeschoben werden. Für jeden zurückgeschickten syrischen Flüchtling darf seit dem 4. April ein anderer Syrer aus der Türkei legal und direkt in die EU einreisen.

Quelle: <http://www.denken-macht-frei.info/neuester-wahnsinn-auch-abgelehnte-fluechtlinge-sollen-sprachkurse-und-hartz-iv-bekommen/>

UN-Generalsekretär verurteilt US-Gewalt scharf

25. September 2016 WiKa Fäuleton, Hintergrund, Krieg, Medien, Utopia 9

Back datt (qpd): Der UN-Generalsekretär hat mit scharfen Worten die massiven Luftangriffe der USA auf Zivilisten moniert. Er sei «**entsetzt über die eiskalte militärische Eskalation**». Die ekelhafte US-Gewalt, Kaltblütigkeit und Mordlust der Militärs sei einfach niederschmetternd. Dabei seien die Bewohner vieler Städte den schlimmsten Angriffen seit dem Beginn des Post-Kapitalismus ausgesetzt und das sei völlig inakzeptabel. Das könne die Weltgemeinschaft in der Form nicht tolerieren, so der Generalsekretär jüngst in einer Presseerklärung aus New York.

Der Generalsekretär holte dabei zu einer grossen Generalabrechnung aus und begann seine Aufzählung mit einer der schrecklichsten Mordereien der jüngeren Menschheitsgeschichte. Ban eröffnete mit dem **experimentellen Abwurf von zwei Atombomben auf Japan**. Dies allein für die Neugier der Militärs, bezüglich der Wirkungsweise von Atombomben auf grössere Menschenansammlungen? Es mussten im Jahre 1946 mehrere Hunderttausend Japaner für US-amerikanischen Forscherdrang ins Gras beißen, was zugegeben zynisch verharmlosend ist, denn sie mussten grösstenteils spontan verdampfen oder in den Folgejahren elend an der Strahlenkrankheit verrecken. Eine militärische Notwendigkeit dafür bestand zu dem Zeitpunkt nicht.

Die Mordlust setzte sich nahtlos fort, wobei Napalm, Agent Orange und viele weitere militärische Spielereien in Vietnam erfolgreich am «lebenden Objekt Mensch» erprobt werden konnten ... bis das Leben raus war. **Ein kleiner Schritt fürs Militär, ein grosser Rückschritt für die Menschheit**, der wahrhaftig mit rund drei Millionen Menschenleben spottgünstig ergattert wurde! Hier mehr dazu: **Der Vietnamkrieg forderte mehr als drei Millionen Tote ...** [Abendblatt]. Seither hatten die USA nie ein Problem damit, ihre teuflische Grösse gegenüber anderen Nationen tödlich unter Beweis zu stellen, zumal die UN dafür nicht benötigt wird, sie liefert aber allzeit passende Feigenblätter dazu.

Nicht zu vergessen die sagenhaften Feuerwerke in und über Bagdad, wobei natürlich niemals Zivilisten ums Leben kamen, sondern nur Terroristen und Kombattanten ... schon klar. Dagegen ist sogar Hasenschüssen noch kompliziert! Man ballerte einfach die Marschflugkörper auf irgendwelche Koordinaten und schon war der Erfolg gewiss. Die Internationale Gemeinschaft hat seither erfolgreich alle Augen zudrücken können, wobei längst mit dem Zählen der Leichen aufgehört wurde. Schliesslich ist das total sinnlos und um die USA bei ihren fortgesetzten, weltweiten Friedensbemühungen nicht zu unterminieren, lässt man das Zählen besser bleiben. So gehen die Schätzungen der Opferzahlen für den **völkerrechtswidrigen*** Krieg im Irak von knapp unter 100 000 Menschenleben bis in den Millionenbereich.

Diese Liste, wie auch die Zahl der toten Zivilisten, liesse sich beliebig ergänzen. An dieser Stelle halten wir eine **umfangreichere US-Tourneeliste** vor, die an dieser Stelle leider zu viel Platz beanspruchen würde. Das Grauen, das blanke Entsetzen des UN-Generalsekretärs angesichts solcher Zahlen und Beschreibungen kann man zweifelsfrei nachempfinden. So etwas darf in einer humanen Gesellschaft, wie wir eine in der Endphase des Raubtierkapitalismus sind, nicht mehr vorkommen!

US-Gewalt? Halt ... STOPP ... Halt ...

So ein Ungeschick aber auch! Sicher, die Massregelung des UN-Generalsekretärs gestern war ziemlich zutreffend, aber angesichts der Leichenberge haben wir nur die Stossrichtung verwechselt. Wir bitten dies dringend zu entschuldigen, denn der vorherrschenden Ideologie folgend, hätte schon klar sein müssen, dass seine Kritik ausschliesslich den **Diktatoren Assad und Putin** gelten konnte. Die beiden sind dabei, sich völlig blutrünstig, in unzulässiger Weise der ganzen ausländischen Interventionisten in Syrien zu erwehren. Das darf in dieser Form nicht angehen, weil es ziemlich kapitale Projekte in der Region gefährdet. Assad will die bedauerlicherweise nicht mittragen.

Hier eine richtigere Version des Gewalt-Banns: **Ban entsetzt über «eiskalte militärische Eskalation» in Aleppo ...** (Süddeutsche). Damit wird klar, dass alle Aggressionen natürlich nur von Russland und Syrien ausgehen können. Wir bitten dies zu verinnerlichen und die Abermillionen zuvor erwähnten Leichen ganz schnell zu vergessen. Die sind nicht so schlimm wie die letzten 45 Opfer der Putin/Assad Gewalt. Den USA kann man blind vertrauen! Sie haben bereits vor ihrer Staatsgründung (1776) ihre Kompetenz in Sachen Menschenrechte vorzüglich unter Beweis gestellt.

Handlungsempfehlung für Gutmenschen

Das im Hinterkopf haltend, sollten sie sich an allen Aufrufen, Petitionen und Aktionen beteiligen. Solche, die zum Inhalt haben, den Dritten Weltkrieg jetzt vom Zaun zu brechen. Natürlich ausschliesslich **zur endgültigen Befreiung der Menschheit von sich selbst ...** und alles noch schnell bevor unser schönes Imperium ohne fremdes Zutun in sich zusammensackt. Wäre es nicht schön, könnten wir dieses leidige Thema mit einem Dritten Weltkrieg zu den Akten legen? Natürlich verbunden mit einer vorherigen und eindeutigen Schuldzuweisung an Russland! Dann endlich könnten wir den Kapitalismus nochmals von vorne beginnen. Ganz frei von allen Hypotheken, mit neuem Geld und dem schnell nachwachsenden Rohstoff Mensch.

(*) *das ist eine sinnlose persönliche Meinung der Redaktion, denn Handlungen der USA können qua ihrer Ablehnung des IstGH gar nicht völkerrechtswidrig sein, denn nur die USA selbst können darüber befinden, was mit dem Völkerrecht vereinbar ist und was nicht.*

Quelle: <http://qpress.de/2016/09/25/un-generalsekretaer-verurteilt-us-gewalt-scharf/>

Krieg als Möglichkeit, Geschäfte zu machen

William J. Astore

Ein guter Freund liess mir einen Artikel zukommen, der vor einem Monat unter dem prägnanten Titel «U.S.-Armee befürchtet einen grösseren Krieg in den nächsten fünf Jahren – hat aber kein Geld, um sich darauf vorzubereiten» in Forbes erschienen ist. Im Wesentlichen besagt der Artikel, dass Krieg gegen Russland oder Nordkorea oder den Iran, oder vielleicht alle drei, innerhalb von fünf Jahren möglich – sogar wahrscheinlich – ist, dass aber der amerikanischen Armee das Geld fehlt, um sich auf diese Kriege vorzubereiten. Das ungeachtet der Tatsache, dass Amerika jedes Jahr etwa 700 Milliarden Dollar für Verteidigung und Kriege im Ausland ausgibt.

Nun, das Anliegen des Verfassers liegt auf der Hand, da er am Ende seines Artikels angibt: «Einige Lieferanten von Armeeausrüstung leisten Beiträge zu meiner Denkfabrik oder sind Beratungsklienten.» Er schreibt einen unheilverkündenden Artikel über die Wahrscheinlichkeit von zukünftigen Kriegen, während er gleichzeitig vom Verkauf von Waffen an die Armee profitiert.

General Smedley Butler, der zweimal mit der Medal of Honor ausgezeichnet wurde, sagt: Krieg ist ein Verbrechen. Kriege wird es geben, solange Leute sie als «Hauptprodukt» sehen, als eine Möglichkeit, Geschäfte zu machen. Im Kapitalismus ist das Motiv, Profit zu machen, oft unmoralisch – Gier ist gut, sogar wenn sie zu Krieg führt. Mittlerweile ist das Pentagon bereit mitzuspielen. Es findet immer neue «Schwachstellen» und will immer mehr Geld. Aber zurück zum Artikel in Forbes mit seinen Bedenken hinsichtlich Krieg(en) in fünf Jahren gegen Russland oder Nordkorea oder den Iran (oder alle drei). Für welche lebenswichtigen nationalen Interessen sollte Amerika gegen Russland kämpfen? Nordkorea? Iran? Hier ein paar rasche Denkanstösse:

- 1: Lass dich nicht ein auf einen Landkrieg in Asien oder gegen Russland (Karl XII., Napoleon und Hitler – sie alle lernten diese Lektion auf die harte Tour).
- 2: Nordkorea? Ein Land, das sein eigenes Volk nicht ernähren kann. Vielleicht möchte es sein Volk durch Krieg von seiner prekären Existenz ablenken.
- 3: Iran? Eine Regionalmacht, bereits unter Kontrolle, mit einer jungen Bevölkerung, die Amerika mit Sympathie

gegenübersteht, zumindest unserer Kultur relativer Offenheit und Toleranz. Wenn die US-Armee glaubt, dass sie mit dem Iran relativ leicht fertigwerden kann, dann denken Sie nur an diese «leichten» Kriege und militärischen Interventionen gegen den Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien ...

Natürlich besteht der geschäftliche Aspekt all dessen darin, die Idee zu verkaufen, dass die US-Armee nicht vorbereitet ist und daher eine weitere neue Generation von teuren HighTech-Waffen braucht. Es ist wie Luxus-konsumenten davon zu überzeugen, dass ihr drei Jahre alter Audi oder Lexus veraltet ist und sie das neueste Modell kaufen müssen, um nicht das Gesicht zu verlieren.

Wir sehen das die ganze Zeit über im Militär der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist eine Variante von geplanter oder künstlicher Obsoleszenz. Nehmen wir die Luftwaffe. Diese könnte leicht ihre Feinde mit aufgemöbelten Versionen von A-10s, F-15s und F-16s besiegen, aber stattdessen plant das Pentagon, 1,4 Billionen Dollar für den neu glänzenden und leistungsschwächeren F-35 auszugeben. Die Armee besitzt einen enormen Überschuss von Panzern und anderen gepanzerten Kampffahrzeugen, aber der Ruf nach einer «neuen Generation» hält an. Keine Marine der Welt kommt an die US-Marine heran, dennoch ertönt der Ruf nach einer neuen Generation von Schiffen.

Das Pentagon-Mantra lautet: Immer mehr und immer besser. Oft stellt sich allerdings heraus, dass weniger um viel mehr Geld herauskommt, zum Beispiel das F-35 Kriegerflugzeug.

Kriege sind für ein paar wenige immer profitabel, aber sie ruinieren die Demokratie in Amerika. Sicher, sie sind eine Möglichkeit, Geschäfte zu machen: eine, die im nationalen (und moralischen) Bankrott endet.

erschienen am 24. September 2016 auf > Antiwar.com > Artikel

William J. Astore ist Oberstleutnant der US-Luftwaffe im Ruhestand. Er unterrichtete 15 Jahre Geschichte an Militär- und zivilen Schulen und bloggt auf Bracing Views.

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2016_09_25_krieg.htm

Der Deutschen Kreuzweg vom «Völkischen» zur «Umvolkung»

Veröffentlicht am September 24, 2016 von helmut mueller

Goethe schrieb einmal* über «die genetische Denkweise, deren sich der Deutsche nun einmal nicht entschlagen kann ...». Nur der Deutsche? Gar nicht so wenige Völker sehen nicht nur die eigene Lebensweise als die einzig richtige an, sondern fühlen sich allen anderen Völkern aus verschiedenen Gründen, auch im Grunde «genetischen», überlegen. Heute noch.

Einige kleine Völker ordneten sich schon in früheren Zeiten Bezeichnungen zu, die sie allein als «Menschen» oder «menschliche Wesen» charakterisierten. Oder sie selbst als Rechtgläubige, andere aber als Ungläubige auswiesen. Oder immer noch ausweisen. Tatsache ist, dass das eigene Volk oder das eigene Land und nicht selten auch der eigene Glaube in vielen Teilen der Welt – stärker als heute in deutschen Landen – noch immer in den Mittelpunkt gestellt wird.

Das ist, wenn es nicht zum Schaden anderer übertrieben wird, insofern natürlich von Bedeutung, da es einer Gesellschaft einen hohen Grad der Übereinstimmung sichert. Anders gesagt, eine solche Gesellschaft kann nur bestehen, wenn eine Mehrheit davon überzeugt ist, dass ihre eigene Kultur und ihre Lebensgewohnheiten die für sie richtigen sind. Also in letzter Konsequenz: Dem eigenen Volk gemäss.

Dessen sind sich, vielleicht ausser einigen wenigen europäischen, die meisten Völker auch heute noch bewusst. Desgleichen die in eine desorientierte, entwurzelte Gesellschaft hereinströmenden «völkischen» Massen aus Asien und Afrika, denen unsere Selbstzweifel eigenartig und unsere angeblich für alle Welt einzig richtigen Werte exotisch erscheinen müssen.

Wenn nun in Zeiten einer längst unzumutbaren Überfremdung und eines zynischen Bevölkerungsaustausches die pharisäerhaften Oberlehrer einer selbstzerstörerischen Willkommenskultur zu nationalmasochistischer Höchstform auflaufen und dabei ihren neurotischen Selbsthass mit falscher Fremdenfreundschaft kaschieren, dann wäre das eigentlich im günstigsten Fall einer für die Psychiatrie und nicht für die Politik.

Der von den vielen politischen Geisterfahrern selbst meist nicht wahrgenommene Hass auf das Eigene ist selbstverständlich nicht etwas typisch Deutsches, denn es findet sich diese geistige (Anm. bewusstseinsmässige) Störung auch anderswo. Selbst dort, wo man es nicht vermutete. So schrieb schon der geniale, aber etwas kauzige Philosoph Otto Weininger in seinem Buch «Geschlecht und Charakter»: «Wie man im anderen nur liebt, was man gern ganz sein möchte und doch nie ganz ist, so hasst man im anderen nur, was man nimmer sein will, und doch immer zum Teil noch ist ... So erklärt es sich, dass die allerschärfsten Antisemiten unter den Juden zu finden sind ...»

In ähnlicher Weise müssen auch die Antideutschen (oder selbsternannten besseren Deutschen) dieser Tage gesehen werden: Niemand scheint das deutsche Volk und seine Kultur mehr zu verachten als sie. Und sie verachten sich dabei logischerweise selbst. Professor Freud hätte seine helle Freude an solchen Klienten, und bei unzähligen Psychotherapeuten könnte heute die Kasse mehr denn je klingeln. Wenn, ja wenn ...

Uns aber genügt der gesunde Menschenverstand, der sagt: Das Eigene mehr schätzen als das Fremde und es auch schützen und bewahren wollen, sei «natürlich» und legitim. Mag man es mit «national», «volklich» oder sonstwie bezeichnen; evolutionistisch gesehen, richtig auf jeden Fall. Das aber wollen unsere falschen Fremdenfreunde nicht anerkennen, im Gegenteil, jedes tiefere Bekenntnis zum eigenen Volk und seiner Kultur, dabei gar auf Abstammung pochend, wird postwendend als neonazistisch oder rassistisch gebrandmarkt.

Und zwar nicht nur dann, wenn von Dritten ein belasteter Begriff ins Spiel gebracht wird. Geht es den Fremdtümlern doch letztlich um eine Art ideologische «Teufelsaustreibung», die manchmal so weit geht, dass eine harmlose «Volksbücherei» in eine «Stadtbibliothek» umbenannt werden muss. Das Wort «Volk» stört ähnlich wie der Begriff «völkisch», der, wie zuletzt in einem TV-Disput, nur als Vorwand dient. Vereinfacht gesagt, man drischt den Sack und meint den Esel, das Volk in diesem Fall.

Nun ist dieser zelebrierte, in gönnerhafter Weise von besonderer Seite geförderte und mit Fremdenkult gepaarte Selbsthass zum Glück zwar noch in einer Minderheitenposition, aber des ihm innewohnenden irrationalen Fanatismus wegen um nichts weniger gefährlich. Was die Götzendiener alles Fremden uns als Alternative zur eigenen Identität anpreisen, ist in Wirklichkeit ein uferloser Kosmopolitismus, der in allen Bereichen der Gesellschaft bereits sein närrisches Treiben veranstaltet. Alles schon dagewesen, möchte man sagen. Nur nicht so massiv und allgegenwärtig wie jetzt.

Denn bereits Luther beklagte die Würdelosigkeit vieler Landsleute. Und dass die Begeisterung für alles Fremde eine auf Deutschland beschränkte politische Krankheit sei, bemerkte später ja auch Bismarck. Einst waren die alten Deutschen stolz darauf, einer so grossen Nation anzugehören, Neudeutsche dieser Tage können es ihrem Schicksal nicht verzeihen, als Deutsche geboren worden zu sein. Daher auch das krampfhaft Bemühen, das Ethnische abzustreifen, zu eliminieren, um sich fortan als kontur- und wurzelloses Produkt «Made in Gutmensch-Germany» in der Vogel-Strauss-Haltung dem Spott und auch schon der Verachtung der Welt auszuliefern.

Der fünf Jahre nach Bismarcks Ableben zu früh verstorbene Otto Weininger versuchte einst die Arier auf dem geistigen (Anm. bewusstseinsmässigen) Felde gegen die Juden, also sein eigenes «Volk», in Stellung zu bringen. Letztlich aber hat er sich, so heisst es, aus Gram über sein Jüdisch-sein frühzeitig das Leben genommen. Unsere deutschen Selbsthasser werden sich nicht so schnell das Leben nehmen, auch weil ihnen nach wie vor das hilfreiche Händchen irgendeines Geldlumpen und seiner medialen Zuarbeiter gewiss ist.

Aber was dann, wenn einmal sichtbar werden sollte, dass all ihr Hoffen, das Deutsche in sich doch noch zu besiegen und die Autochthonen eines Tages mehrheitlich durch Einwanderer ersetzt zu sehen, vergeblich war? Das wäre dann wahrscheinlich der Tag eines deutsch-völklichen Erwachens aus tiefster Erniedrigung. Möge es noch früh genug kommen. Und dabei das rechte Mass halten. Katastrophen hatten wir schon genug.

*Aufsatz «Principes de Philosophie»

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2016/09/24/der-deutschen-kreuzweg-vom-voelkischen-zur-umvolkung/>

Syrien: Das perfide Kriegsspiel des US geführten Westens

20/09/2016; Werner Nosko

Dicke Luft und raue Worte zwischen Russland und den USA nach irrtümlichem Angriff der US-Luftwaffe auf Stellungen der syrischen Armee. Wer die Vorgänge vor und nach dem Beginn des Krieges beobachtet und den Status Quo heute betrachtet, muss unweigerlich zum Schluss kommen: Die USA und ihre Kumpane von Deutschland bis Saudi-Arabien haben kein Interesse an einem Frieden in Syrien. Zumindest so lange nicht, solange Präsident Assad nicht dasselbe Schicksal ereilt wie Saddam Hussein oder Muammar al-Gaddafi. Einzig und allein Russland steht den Plänen noch im Weg.

Wo immer die USA ihre Finger im Spiel haben, geht es zwangsläufig um die Interessen der USA. Im Fall Syrien heissen diese wie sonst auch – Öl, Gas und Pipeline und natürlich geopolitische Interessen. Als Russland auf Ersuchen Assads in den Krieg gegen den «IS» eintrat, war dies für die USA und deren «Verbündete» schlicht eine Katastrophe. Russland stellte sich auf die Seite Assads und mischte die Karten neu. Der Westen musste, ob er wollte oder nicht, gute Miene zu Putins Eingreifen, das noch dazu völkerrechtlich gedeckt war, machen. Für die USA ein Affront. Schon alleine deshalb. Die Kernforderung Putins ist eine politische Lösung unter Einbeziehung Assads.

Seitdem wurde keine Lösung gefunden, sondern im Gegenteil, die Lage eskaliert immer mehr. Dem Ganzen setzte die USA am 17. September 2016 die Krone auf, als die US-Luftwaffe aus ›Versehen‹ Stellungen der Syrischen Armee bei Deir ez-Zor bombardierte, mit Dutzenden Toten und Verletzten, anstatt Stellungen des IS. Der IS nutzte die Gunst des US-Bombardements auf die syrische Armee und startete seinerseits eine Offensive, die erst dadurch möglich wurde. Die zuvor vereinbarte ›Waffenruhe‹ wurde damit von den USA konterkariert. Im UN-Sicherheitsrat ›eskalierte‹ die Situation:

Interessant ist nun, wie die USA den Spiess umdrehen und Russland beschuldigen, wie der Spiegel schreibt ›Hilfskonvoi nahe Aleppo bombardiert‹.

«Die belagerte Stadt Aleppo ist nach Oppositionsangaben wieder heftig unter Beschuss geraten.» Syrische oder russische Kampfjets hätten nach dem von Syrien erklärten Ende der Waffenruhe Angriffe auf Rebellen-Gebiete im Zentrum sowie auf Dörfer westlich der Stadt geflogen, teilte die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mit. Auch ein Hilfskonvoi wurde demnach attackiert.

Die Interessen, logischerweise auch Russlands, sind ausgeprägt. Der saudische Geheimdienst-Chef Bandar bin Sultan wollte mit Russlands Präsident Wladimir Putin einen Deal schliessen, der dem Gazprom-Konzern nach dem Sturz von Assad eine wirtschaftliche Perspektive in Syrien eröffnet hätte. Putin lehnte ab. Auch die Ablehnung Assads, der sich seinerseits Russland verpflichtet sieht, stösst den USA (Westen) sauer auf.

Der grüne Teil (siehe Grafik) der Pipeline durch Syrien ist nicht im Interesse Russlands und wird unter Präsident Assad mit Sicherheit nicht gebaut werden.

Auch US-Israel hat handfeste Interessen, dass Syrien dem ›Westen unterworfen wird‹. KenFM hat die komplizierten Verhältnisse und Interessen in dieser Region sehr gut zusammengefasst (Ausschnitt).

Und weil es ja sonst langweilig würde, wird auch in Afghanistan gleich mal wieder etwas Staub aufgewirbelt und Menschen getötet.

Afghanistan: US-Luftangriff aus Versehen? Mehrere Tote unter Polizisten

Quellen:

<https://www.youtube.com/watch?v=gkXBNTGrgTo>

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/09/18/gefaehrliche-eskalation-us-luftwaffe-greift-syrische-armee-an/>

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/welt/weltpolitik/845416_US-Koalition-bombardierte-syrische-Regierungstruppen.html

<https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/40904-us-angriff-auf-syrische-armee/>

<https://de.sputniknews.com/politik/20160918/312600284/russland-und-usa-boykottieren-sich-bei-un-sicherheitsrats-sitzung.html>

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-hilfskonvoi-bei-aleppo-nach-waffenruhe-bombardiert-a-1112988.html>

Quelle: <http://npr.news.eulu.info/2016/09/20/syrien-das-perfide-kriegsspiel-des-us-gefuehrten-westens/>

#Einzelfall: Die Kriminalität in Wien explodiert

By Annelind on 20. September 2016

Die internen Kriminalitätszahlen des BMI belegen: Die Kriminalität steigt rasant.

Seit Monaten hören die Wiener, dass alles unternommen werde, um die Kriminalität in ihrer Heimatstadt zu senken – das Problem dabei: Das Gegenteil ist der Fall.

Zuwachs auch im August

ÖSTERREICH liegen nun auch die Daten der Kriminalitätsentwicklung bis zum August 2016 vor. Mit 114 800 Straftaten ist die Kriminalität weiter gestiegen. Im Vergleich zu den Monaten März bis August 2015 ist laut den geheimen internen Daten die Zahl der Straftaten schon wieder um 6,6 Prozent gestiegen.

Wohnhauseinbruch

Besonders auffällig sind die Zuwächse bei Wohnhauseinbrüchen (plus 13,8%), Kellereinbrüchen (plus 44%) und Geschäftseinbrüchen (plus 12%).

Während jeder fünfte Wohnhauseinbruch in der Donaustadt verübt wird (21,9%), passiert mittlerweile schon mehr als jede zehnte Straftat (10,9%) in Favoriten. FPÖ-Nationalrat David Lasar fordert: «Der Innenminister muss jetzt endlich handeln, statt immer nur zu reden.»

Quelle: [oesterreich.at bzw. http://www.denken-macht-frei.info/einzelfall-die-kriminalitaet-in-wien-explodiert/](http://www.denken-macht-frei.info/einzelfall-die-kriminalitaet-in-wien-explodiert/)

Russland hat keine Partner im Westen

Paul Craig Roberts

Die russische Regierung tut immer wieder das Gleiche und erwartet unterschiedliche Ergebnisse. Die russische Regierung schliesst weiterhin Abkommen mit Washington, und Washington bricht sie weiterhin.

Die letzte Darbietung dessen, was Einstein als Wahnsinn definierte, ist das jüngste syrische Waffenstillstandsabkommen. Washington brach das Abkommen, indem es die Luftwaffe der Vereinigten Staaten von Amerika schickte, um Stellungen des syrischen Militärs zu bombardieren, tötete 62 syrische Soldaten und verwundete 100, und machte auf diese Weise den Weg für ISIS frei, den Angriff noch einmal zu unternehmen.

Russland überraschte Washington im September 2015, als die russische Luftwaffe eingesetzt wurde, um ISIS-Positionen in Syrien zu bombardieren, wodurch die syrische Armee in die Lage versetzt wurde, wieder die Initiative zu gewinnen. Russland hatte den Krieg gegen ISIS gewonnen, zog sich aber unerwartet zurück, ehe die Sache abgeschlossen war. Das ermöglichte es den Vereinigten Staaten von Amerika oder deren Handlangern, den Islamischen Staat (Anm. Islamistischen Staat) wieder aufzurüsten, der aufs Neue angriff.

Russland musste also nach Syrien zurückkehren. In dem Zeitraum, den Washington selbst abgesteckt hatte. Jetzt sind die russischen Luftangriffe gegen ISIS komplizierter, wie auch der Luftraum über Syrien. Russland informiert Washington über geplante Angriffe, und Washington warnt ISIS und vielleicht die Türkei, die ein russisches Flugzeug abgeschossen hat. Dennoch machte die syrische Armee Fortschritte.

Aber jedes Mal wurde der Sieg behindert durch «Friedensgespräche» oder einen «Waffenstillstand», in dessen Verlauf die von den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützten Gruppen sich neu formierten. In der Folge geht ein Krieg weiter, den Russland und Syrien bereits hätten gewinnen können, und zwar mit einem neuen Element. Jetzt hat Washington die syrische Armee direkt angegriffen.

Das Militär der Vereinigten Staaten von Amerika behauptet, es sei der Meinung gewesen, den ISIS anzugreifen. Denken Sie eine Minute darüber nach. Die Vereinigten Staaten von Amerika behaupten, eine militärische Supermacht zu sein. Sie bespitzeln die gesamte Welt, sogar die privaten E-Mails und Telefongespräche ihrer europäischen Vasallen. Dennoch war all diese Schnüffelmacht nicht in der Lage, eine bekannte Position der syrischen Armee vom ISIS zu unterscheiden. Wenn wir das glauben, müssen wir zum Schluss kommen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika militärisch inkompetent sind.

Das ist geschehen: Vor dem derzeitigen «Waffenstillstand» konnten die Russen die von den Vereinigten Staaten unterstützten Jihadisten angreifen, aber die Vereinigten Staaten von Amerika konnten die syrischen Streitkräfte nicht direkt angreifen, sondern nur durch ihre jihadistischen Handlanger. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben den «Waffenstillstand» benützt, um für direkte Angriffe der Vereinigten Staaten von Amerika gegen die syrische Armee einen Präzedenzfall zu schaffen.

Die Russen, die den Krieg fast gewonnen hatten, verlegten ihren Schwerpunkt auf «Friedensverhandlungen» und «Waffenstillstände», die die Vereinigten Staaten von Amerika benützt haben, um Washingtons direkte Teilnahme an dem Konflikt in die Wege zu leiten.

Es ist unbegreiflich, dass die russische Regierung glaubt, Washington und Moskau hätten irgendwelche gemeinsamen Interessen an dem, was in Syrien herauskommen soll. Washingtons Interesse ist, Assad loszuwerden und Syrien in das gleiche Chaos zu stürzen, das in Libyen und im Irak herrscht. Russlands Interesse besteht darin, Syrien als Bollwerk gegen die Verbreitung des Jihadismus zu stabilisieren. Es ist aussergewöhnlich, dass die russische Regierung so falsch informiert ist, dass sie glaubt, Moskau und Washington hätten ein gemeinsames Interesse, den Terrorismus zu bekämpfen, wo der Terrorismus doch Washingtons Waffe für die Destabilisierung des Mittleren Ostens ist.

Wie kann Russlands Gedächtnis nur so kurz sein. Washington versprach Gorbatschow, dass die NATO keinen Millimeter nach Osten gehen würde, wenn er die Wiedervereinigung Deutschlands zuliesse. Aber das Clinton-Regime platzierte die NATO an Russlands Grenze.

Das George W. Bush-Regime versties gegen den ABM-Vertrag, indem es ihn aufkündigte, und das Obama-Regime errichtet Raketenbasen an Russlands Grenze.

Die Neokonservativen versenkten den Nicht-Ersteinsatz von Atomwaffen und machten daraus den präventiven Ersteinsatz in der Kriegsdoktrin der Vereinigten Staaten von Amerika.

Das Obama-Regime stürzte die ukrainische Regierung und installierte eine Marionettenregierung der Vereinigten Staaten von Amerika in einem ehemaligen Bestandteil Russlands. Die Marionettenregierung begann einen Krieg gegen die russische Bevölkerung in der Ukraine und verursachte Sezessionsbewegungen, die Washington falsch als «russische Invasion und Annexion» charakterisiert hat.

Trotz alledem glaubt die russische Regierung, dass Washington ein «Partner» sei, mit dem sie gemeinsame Interessen habe. Das verstehe, wer will.

erschieden am 18. September 2016 auf > Paul Craig Roberts Website

Quelle: http://antikrieg.com/aktuell/2016_09_18_russland.htm

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz